

Hessische Landeszentrale
für politische Bildung

HESSEN



POLIS 50

Analysen - Meinungen - Debatten

Bernd Heidenreich,
Mathias Friedel (Hrsg.)

1989/1990:

20 Jahre Mauerfall - 20 Jahre
Deutsche Einheit



POLIS soll ein Forum für Analysen, Meinungen und Debatten aus der Arbeit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) sein. POLIS möchte zum demokratischen Diskurs in Hessen beitragen, d.h. Anregungen dazu geben, wie heute möglichst umfassend Demokratie bei uns verwirklicht werden kann. Der Name POLIS erinnert an die große geschichtliche Tradition dieses Problems, das sich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu stellt.

Politische Bildung hat den Auftrag, mit ihren bescheidenen Mitteln dazu einen Beitrag zu leisten, indem sie das demokratische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gegen drohende Gefahren stärkt und für neue Herausforderungen sensibilisiert. POLIS soll kein behäbiges Publikationsorgan für ausgereifte akademische Arbeiten sein, sondern ohne große Zeitverzögerung Materialien für aktuelle Diskussionen oder Hilfestellungen bei konkreten gesellschaftlichen Problemen bieten.

Das schließt auch mit ein, dass Autorinnen und Autoren zu Wort kommen, die nicht unbedingt die Meinung der HLZ widerspiegeln.

Inhalt

BERND HEIDENREICH: Vorwort	3
HANS-JOACHIM JENTSCH Sternstunden deutscher Geschichte: 1989/1990	5
FRANZ BERTELE Die Mauer fiel in Prag	14
FREYA KLIER Ein gewaltiger Umbruch	45
Autorin und Autoren	54

Vorwort

In den Jahren 2009 und 2010 jähren sich zum zwanzigsten Mal der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Wir Deutsche haben allen Grund, uns mit Freude und Dankbarkeit an diese historischen Daten zu erinnern.

Erstmals in unserer Geschichte leben wir in einem geeinten, freien und demokratisch verfassten Deutschland.

Dennoch dürfen wir die Deutsche Einheit nicht als Selbstverständlichkeit betrachten. Sie wäre nicht möglich gewesen ohne die 40-jährige Erfolgsgeschichte unserer freiheitlichen Demokratie, ohne den politischen Wandel in Osteuropa und ohne die friedliche Revolution des Jahres 1989.

Wegbereiter des Wandels waren die bereits in den 80er-Jahren sich formierende Solidarność-Bewegung und die Politik des Runden Tisches in Polen. Glasnost und Perestrojka in der Sowjetunion schufen die Voraussetzung für die Wende. Katalysatoren der Revolution in der DDR waren das Öffnen des Grenzzaunes von Ungarn nach Österreich im Sommer 1989 anlässlich eines paneuropäischen Festes und die Ausreise der DDR-Bürger, die in die Bonner Botschaft in Prag geflüchtet waren.

Dafür sollten wir unseren europäischen Nachbarn, vor allem

den Polen und den Ungarn, dankbar sein.

Das Auftaktsignal zur Deutschen Einheit gaben nicht die Gesprächsrunden der Politiker, sondern die Sprechchöre auf den Straßen von Leipzig, Dresden und Berlin. Indem die friedlichen Demonstranten ihren Ruf „Wir sind **das** Volk“ sehr bald durch die Forderung „Wir sind **ein** Volk“ ergänzten, ließen sie keinen Zweifel daran, dass Freiheit und Einheit für Sie zusammengehörten.

Diese friedlichen Demonstranten des Jahres 1989 haben die Deutsche Einheit von unten möglich gemacht. Sie haben die Mauer zum Einsturz und die Politik zum Handeln gebracht. Daher sollten wir ihren Einsatz als unverzichtbaren Teil unseres demokratischen Selbstbewusstseins und unserer politischen Kultur vor dem Vergessen bewahren. Denn sie sind und bleiben ein eindrucksvolles Zeugnis für die Durchschlagskraft der Freiheit und deren Sieg über die Diktatur.

Mit der vorliegenden Publikation will die Hessische Landeszentrale für politische Bildung der demokratischen Revolution von 1989/90 gedenken. In ihr kommen drei Zeitzeugen zu Wort, deren Lebensläufe und Blickwinkel auf die damaligen Ereignisse kaum unterschiedlicher sein könnten. Ihnen gemeinsam ist die Nähe zu den Geschehnissen und

das große Engagement für die Deutsche Einheit.

Aus der Sicht des politischen Gestalters und Verfassungsrechtlers bilanziert *Hans-Joachim Jentsch* – von 1990 bis 1994 Thüringer Justizminister und von 1996 bis 2005 Richter des Bundesverfassungsgerichtes – das Werden der Deutschen Einheit vom Mauerfall im November 1989 bis zum Beginn des Einigungsprozesses. Der Autor weiß aus eigener Erfahrung von den Erblasten zu berichten, die 40 Jahre Diktatur hinterließen.

Im Mittelpunkt des zweiten Beitrages steht das Wirken der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin. Als Folge des Grundlagenvertrages von 1972 war sie eine Institution, deren Bedeutung gerade in der Zeit des Mauerfalls kaum zu überschätzen ist. Ihr letzter Amtschef *Franz Bertele* schildert aus erster Hand die politischen Hintergründe des Mauerfalls und seine Triebfeder, die Menschen in der ehemaligen DDR. Diese liefen seit dem Sommer 1989 ihrem Staat und seinen Heilsversprechungen in Scharen davon und suchten Zuflucht auch in der Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin.

Die Autorin und Filmemacherin *Freya Klier*, die den dritten Beitrag beisteuert, hat das Zwangssystem des selbst erklärten „Arbeiter- und Bauernstaates“ am eigenen Leib zu spüren bekommen. Geboren in Dresden, führte der Weg der erfolgreichen

Regisseurin in die Protest- und Friedensbewegung. Ins Visier des Mielke-Apparates geraten, trafen sie das Berufsverbot, Verhör, Inhaftierung und schließlich 1988 die erzwungene Ausbürgerung. Mit ungläubigem Staunen erlebte Klier den Mauerfall von Westberlin aus. Sie zieht Bilanz über die Weichenstellungen seit 1989/90, den Zustand der inneren Einheit und den Umgang mit dem Erbe der DDR.

Mit dem Polis-Heft „1989/1990: 20 Jahre Mauerfall – 20 Jahre Deutsche Einheit“ wollen wir als Hessische Landeszentrale für politische Bildung an den Glücksfall der Deutschen Einheit erinnern und die Leistungen der demokratischen Revolution würdigen. Sie sind „Sternstunden“ unserer Geschichte. Vor allem aber sind der Mut und die Zivilcourage der Bürgerrechtsbewegung ein Vorbild für unsere Demokratie.

Dr. Bernd Heidenreich

Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung

Hans-Joachim Jentsch

Sternstunden deutscher Geschichte: 1989/1990¹

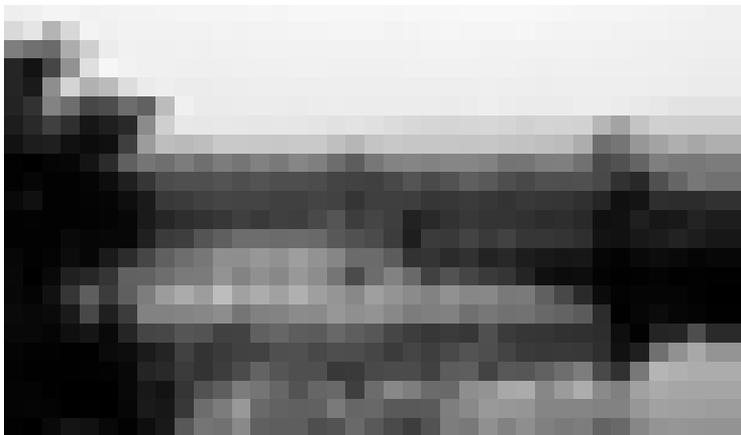
1. „Als wir sie schleiften, ahnten wir nicht, wie hoch sie ist in uns“

Richard Schröder, den zu hören und zu lesen immer ein Gewinn ist, bedauerte jüngst, dass die deutsche Vereinigung 1990 nicht zum „nationalen Projekt“ einer „großen kollektiven Anstrengung“ gemacht wurde.² Zugleich beklagte er, dass die deutsche Einheit seither mit Vorliebe unter Pleiten, Pech und Pannen abgehandelt werde. Ich vermag dem nur teilweise zuzustimmen. Richtig ist sicherlich, dass die kollektive Anstrengung zunächst keine der Westdeutschen war. Insbesondere sie hatten sich überwiegend im Zustand der Teilung eingerichtet.

Appelle wie der Ronald Reagans am 12. Juni 1987 angesichts des versperrten Brandenburger Tores in Berlin – *Mr. Gorbachev, open this gate! Mr. Gorbachev, tear down this wall!* (Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor! Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer ein!) – verstörte die Mehrzahl der Westdeutschen. Diese Bewusstseinslage der Deutschen hat wohl niemand so sensibel nachempfunden wie Reiner Kunze:

„Als wir sie schleiften, ahnten wir nicht, wie hoch sie ist in

uns. Wir hatten uns gewöhnt an ihren horizont. Und an die windstille. In ihrem schatten warfen alle keinen schatten. Nun stehen wir entblößt jeder entschuldigung.“³



Ja, wir hatten uns gewöhnt an den Zustand der Teilung, an die Existenz zweier Staaten und an deren Abschottung voneinander. Wir waren zum großen Teil nicht mehr bereit, das Unnatürliche der Teilung zu begreifen. Waren die Deutschen in der DDR gezwungen, sich – vielfach mit der Faust in der Tasche – der Teilung zu fügen, so hätten die Deutschen-West alle Freiheit dazu gehabt. Niemand hätte sie daran gehindert, die Einheit des Vaterlandes zum politischen Ziel Nummer eins zu machen.

Abb. 1: Symbol der Abschottung: Das 1981 errichtete Flussperrwerk der DDR-Grenzanlagen über die Werra bei Göringen (Aufnahme um 1986)



Abb. 2: DDR-Grenzanlagen in der Rhön zwischen Geisa und Rasdorf mit einem Beobachtungsturm der Grenztruppen, heute Teil der „Mustergrenze“ des Grenz museums „Point Alpha“ (22. April 2005)

Doch weite Kreise – auch in Wissenschaft, Kunst und Politik – setzten alle Intelligenz darein, die Teilung zu rechtfertigen oder zumindest als geschichtliches Faktum zu erklären. Als Strafe der Deutschen für ihre Untaten in der Nazizeit etwa oder als zwar missglückter aber doch interessanter Versuch, in der DDR eine neue, angeblich zukunftsweisende Gesellschaftsordnung zu begründen. Und nicht wenige träumten von einem Dritten Weg, auf dem sich „aus dem Staatssozialismus eine neue, auch sozialstaatlichen Massendemokratien des Westen überlegene Gesellschaftsordnung“ entwickeln würde.

Dieses Denken war dem Stefan Heyms eng verwandt. Dieser feierte den Sozialismus als die „raison d’être“ der DDR und sah darin eine Alternative zu dem „Freibeuterstaat mit dem harmlosen Namen Bundesrepublik“.⁴

2. Der 9. November 1989

Noch im ersten halben Jahr 1989 erschien die Einheit Deutschlands außerhalb jeglicher Vorstellung. Im Januar verkündete Erich Honecker, die Mauer werde „in 50 Jahren und in 100 Jahren noch bestehen bleiben“.⁵ Es waren ganz andere Themen, die auf der politischen Tagesordnung standen. Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus etwa, bei der die CDU Verluste erlitt, die Republikaner Erfolge errangen und die FDP ausscheiden musste, während Rot-Grün die Regierung bildete. Oder der Amtsantritt des neuen Präsidenten der USA, George Bush, der Vater des jetzigen Präsidenten. Oder die Zeitungsberichte aus den USA, wonach deutsche Firmen führend am Bau der libyschen Chemiefabrik in Rabta beteiligt sein sollten.

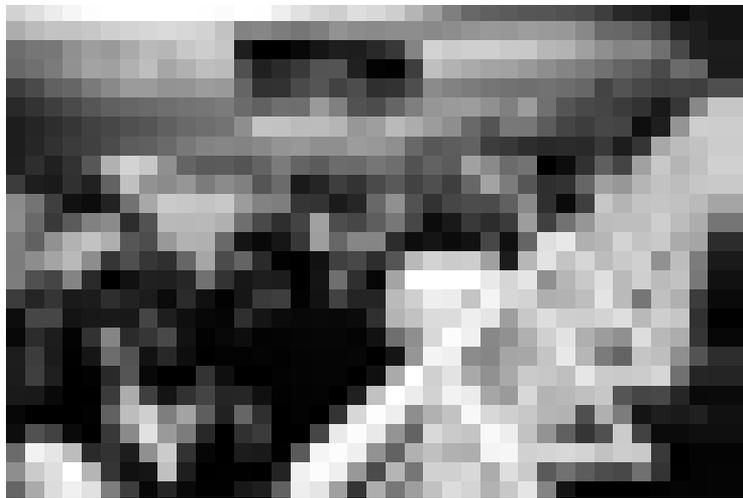
Zwischen diesen Nachrichten und dem Tag, der Deutschland in einen Freudentaumel versetzte, dem 9. November 1989, lagen nur wenige Monate. Doch welche Veränderung? Das nicht mehr für möglich gehaltene war Wirklichkeit geworden: Das Tor war offen.

Zu tausenden strömten die Deutschen-Ost nach Deutschland-West und die Deutschen-West nach Deutschland-Ost, in die früher verbarrikadierte und nun frei zugängliche DDR. Ihre Öffnung war ein merkwürdiger, skurriler Vorgang. Günter Schabowski⁶, dem prominenten Mitglied des Politbüros der SED, war für eine Pressekonferenz am 9. November ein Sprechzettel zugesteckt

worden, auf dem der vereinbarte Sperrvermerk - 10. November - nicht angebracht war. Schabowski hielt sich dementsprechend nicht an die vorgegebene Frist, als er auf die Nachfrage eines Journalisten verkündete, die Mauer sei ab sofort offen. Damit gab er die im Politbüro vereinbarte Regelung auch noch falsch wieder. Für Ausreisen sollten nämlich auch zukünftig eine Genehmigung und ein Visum erforderlich sein.

Nun gab es kein Halten mehr. In ganz Deutschland brach eine Begeisterung aus wie sie das Land wohl noch nie erfahren hatte. Allenfalls die Fußballweltmeisterschaft 2006 verursachte einen ähnlichen emotionalen Ausnahmezustand. Ein Volk lag sich in den Armen. Trabbi-Flotten überfluteten Deutschland-West. Dort wurden Begrüßungsaktionen organisiert und Begrüßungsgelder ausbezahlt. Die deutsche Fahne wehte an Häusern und Fahrzeugen.

Von West nach Ost setzten sich Hilfskonvois in Bewegung. Medikamente, Krankenhausausstattungen, Büroeinrichtungen mit technischen Geräten, Nützliches und auch im Westen Überflüssiges wurde gen Osten transportiert. Im Bezirksgericht Suhl erschien eine Delegation des Schweinfurter Landgerichts mit dem Landgerichtspräsidenten an der Spitze. Sie transportierten dringend benötigtes Büromaterial und - wie immer wieder schmunzelnd berichtet wird - ein Fass bayerisches Bier. Privatpersonen, Vereine und Behörden brachen auf, zu beraten und Hilfe zu leisten. Der Hessische



Landtag beschloss ein Hilfsprogramm von 250 Millionen DM.

Eine Welle der Hilfsbereitschaft war ausgebrochen. Ein Volk bewährte sich wie selten als wahre Bürgergemeinschaft. Das Wort Wilhelms II. aus dem Jahre 1914 - ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche - hatte 75 Jahre danach einen neuen Sinn erhalten. Und die Deutschen artikulierten ihren Willen, die Chancen, die sich so plötzlich aufgetan hatten, auch zu nutzen. Nie wieder beteiligten sich so viele Besucher an den Veranstaltungen der Parteien und anderer Organisationen wie in den Monaten nach dem 9. November 1989. Bei einer CDU-Kundgebung im hessischen Philippstal im Dezember waren es 40.000.

3. „Wir sind ein Volk“

Was zum 9. November 1989 geführt hat, war sehr wohl das Er-

Abb. 3: Herleshausener strömten am 23. Dezember 1989 über die Werra zu ihren Nachbarn nach Lauchröden, ehemals Teil des hermetisch abgeriegelten Sperrgebietes. Für die deutsch-deutsche Begegnung war in Rekordzeit eine Holzbrücke errichtet worden. Die alte Brücke an dieser Stelle fiel vor Jahrzehnten der deutschen Teilung zum Opfer.

gebnis einer kollektiven Anstrengung der Deutschen, allerdings der Deutschen in der damaligen DDR. Eingeschlossen und in ihren Menschenrechten unterdrückt, haben sie das Regime, das ihren Zustand verantwortete, gestürzt. Mutige begannen den Prozess der friedlichen Revolution und immer mehr Landsleute schlossen sich an. Es war ein Prozess, der wie ein eingegebenes

Und als die Deutschen in der DDR ihr Ziel erreicht hatten, den Sturz des Regimes, das Ende der SED-Diktatur, schaltete das Programm auf die letzte Stufe. Der Slogan der Massen wechselte von „Wir sind das Volk!“ zu „Wir sind ein Volk!“ Es ging nicht mehr nur um die Erneuerung der DDR zu einem demokratischen und rechtsstaatlich geformten Staat, sondern um den Anschluss an den Teil Deutschlands, in dem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bereits eine vierzigjährige Bewährungsprobe bestanden hatten.

Erst dieser Prozess, den die Deutschen-Ost der staunenden Weltöffentlichkeit darboten, schien dem letzten Deutschen in der alten Bundesrepublik die Lust am Schönreden der ehemaligen SED-Diktatur zu nehmen. Nun wurde nicht mehr verdrängt, was sie bedeutet hat, das Vorenthalten auch aller Menschenrechte, des Rechts zu reisen, des Rechts, seinen Beruf frei zu wählen und auszuüben, des Rechts, sich Wohlstand durch freien Handel zu erwerben, des Rechts, seine Kinder auf höhere Schulen und auf Universitäten auch dann zu schicken, wenn man nicht der Klasse der Arbeiter und Bauern angehört, des Rechts, sich frei zu versammeln und in Vereinen zusammen zu schließen, des Rechts auf ein faires Gerichtsverfahren und schließlich der Rechte auf Freiheit der Person und auf körperliche Unverletzlichkeit.

Alles das, was das Grundgesetz den Bürgern in Deutschland-West mit den Grundrechten und eine

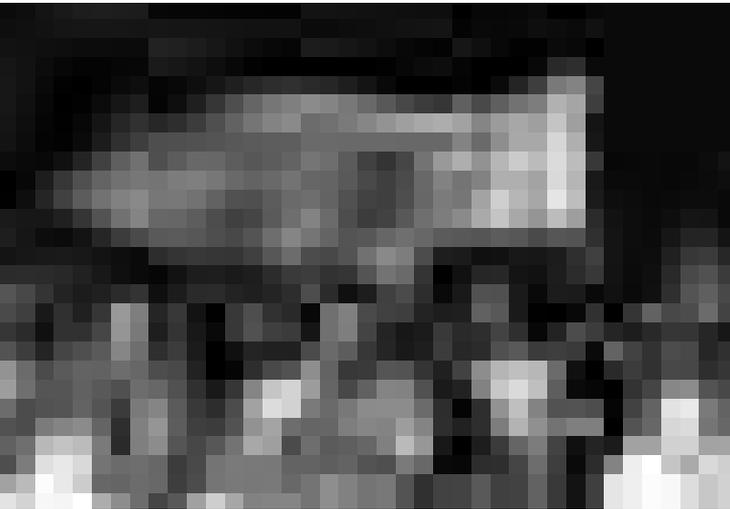


Abb. 4: „Einigkeit und Recht und Freiheit“ - **Donnerstagsdemonstration in Gera (Dezember 1989)**

Programm ablief, ein Programm, das zunächst jedoch niemand kannte.

Der erste Widerstand in den Kirchen zielte auf mehr Freiheit, mehr Menschenrechte. Die Forderung nach Reisefreiheit erhöhte den Druck. Fremde Staaten wie Ungarn und die ČSSR wurden zu Verbündeten, als die eingeschlossenen Deutschen über diese Länder die Reisefreiheit in den Westen durchsetzen wollten.

durch das Grundgesetz gesteuerte Staatsgewalt sicherte, stand in der DDR nur auf dem Papier. Die Ideologie des Kommunismus war der wirkliche Maßstab des Handelns der Staatsgewalt. Und dies sicherzustellen, war die Aufgabe der SED. Ihr Wort war die Legitimationsgrundlage des staatlichen Handelns in der DDR, nicht der Volkswille („Die Partei, die Partei, die hat immer recht ...“⁷).

4. Zusammenbruch des SED-Staates

So ganz überraschend war die Zuspitzung der Lage in der ehemaligen DDR gegen den 9. November hin für kundige Beobachter nicht. Nicht erst die „Besetzung“ der deutschen Botschaft Prag und die Montagsdemonstration in Leipzig offenbarten den Ernst der Lage. Bereits zuvor wurde immer deutlicher, dass das Fundament der SED-Diktatur seine Stabilität nach und nach verlor.

Da durfte die Schwester aus Leipzig Anfang Mai bei ihrem Besuch in Wiesbaden aus Anlass einer Familienfeier erstmals Mann und Sohn mitbringen. Allen war wichtig, unbedingt zur Kommunalwahl am Sonntag, dem 7. Mai, wieder zurück zu sein. Sie waren fest davon überzeugt, dass die SED bei dieser Wahl viele Gegenstimmen erhalten werde. Welche Überraschung für alle, dass die Wahl auch diesmal ein Fast-Hundert-Prozent-Ergebnis erbracht haben sollte. Nach dem Sturz des Regimes war die Erklärung dafür in allen Wahl-

ämtern aufzufinden: Die Wahlen waren massiv gefälscht worden. Die Prozesse wegen dieser Wahlfälschungen gehörten dann auch zu den ersten, die die neugeordnete Justiz etwa in Thüringen zu bewältigen hatte.

Auch die Vorgänge in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Berlin waren Indizien für eine Veränderung. So sagte im Juli der bekannte Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel dem Bonner Ständigen Vertreter Franz Bertele zu, er könne beruhigt in den Urlaub fahren, denn er – Vogel – werde alle Zufuchtsfälle „positiv und zügig“ erledigen.⁸

Die Vertretung war zunehmend von Deutschen aus der DDR aufgesucht worden, um auf diese Weise ihre Ausreise zu erzwingen. Berteles Urlaub war jedoch nur ein kurzer. Er musste zurück, weil seine Ständige Vertretung Anfang August einem Ansturm von Ausreisewilligen nicht mehr Herr wurde und geschlossen werden musste.

Rechtsanwalt Vogel verstärkte sein Bemühen um Ausreisegenehmigungen, und die DDR bewilligte Ausreisen immer häufiger. Hochrangige Vertreter der Bonner und der Ostberliner Regierung rangen um grundlegende Lösungen der sich zuspitzenden Situation. Aber das SED-Regime sah sich nicht in der Lage, den von den Ausreisewilligen aufgebauten Druck wirklich herauszunehmen und dennoch das Gesicht zu wahren. Es blieb weiterhin unter Druck.

Nicht zu vergessen der „Brief aus Weimar“ als weiteres Indiz für eine nachhaltige Schwächung des Regimes. Der von vier CDU-Mitgliedern verfasste Brief, darunter die spätere Thüringer Kultusministerin, Landtagspräsidentin und Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Christine *Lieberknecht* sowie der erste Landtagspräsident des wieder gegründeten Landes Thüringen, Gottfried *Müller*, war letztlich der Anstoß zum Sturz des Vorsitzenden der Blockpartei CDU, Gerald *Götting*. Während sich in der Ost-CDU viele Bürger versammelt hatten, um einem Beitritt in die SED auszuweichen, wurde sie von Götting und dem Funktionärskader eng an die SED gebunden. Der Aufstand in der CDU bedeutete zugleich eine Schwächung des SED-Regimes.

So nahm der Druck im Laufe des Jahres kontinuierlich zu. Als am Wochenende des 4. und 5. November die Zahl der Ausreisewilligen, die die deutsche Botschaft in Prag ansteuerten, auf 21.367 angeschwollen war, übernahm es das Botschaftspersonal, ihnen bereits am Prager Hauptbahnhof die Fahrkarten für die Fahrt in die Bundesrepublik auszuhändigen. Am Montag, dem 6. November, und am Dienstag, dem 7. November, kamen weitere Tausende.

Das SED-Regime war längst nicht mehr Herr des Geschehens. Es war ihm nicht einmal mehr möglich, seine Kapitulation vor dem Druck seiner Bürger geordnet zu vollziehen. Das Politbüromitglied *Schabowski* öffnete kurzerhand, fast beiläufig, das Tor. Die Anwei-

sungen auf seinem Sprechzettel, die zudem noch unvollständig waren, nahm er gar nicht mehr zur Kenntnis.

5. Der Einigungsprozess

Nach Öffnung der Mauer wurde aus der einseitigen, auf die DDR beschränkten, eine gesamtdeutsche „kollektive Anstrengung“. Die ungezählten, vielfach spontanen Hilfs- und Unterstützungsaktionen wurden nun nach guter deutscher Art konzentriert und kanalisiert. In Wirtschaft und Sozialeinrichtungen, in Verwaltung und Rechtsprechung, in Hochschulen und Schulen bemühten sich Deutsche aus Ost und West um die Verankerung der Freiheit sowie demokratischer und rechtsstaatlicher Regeln.

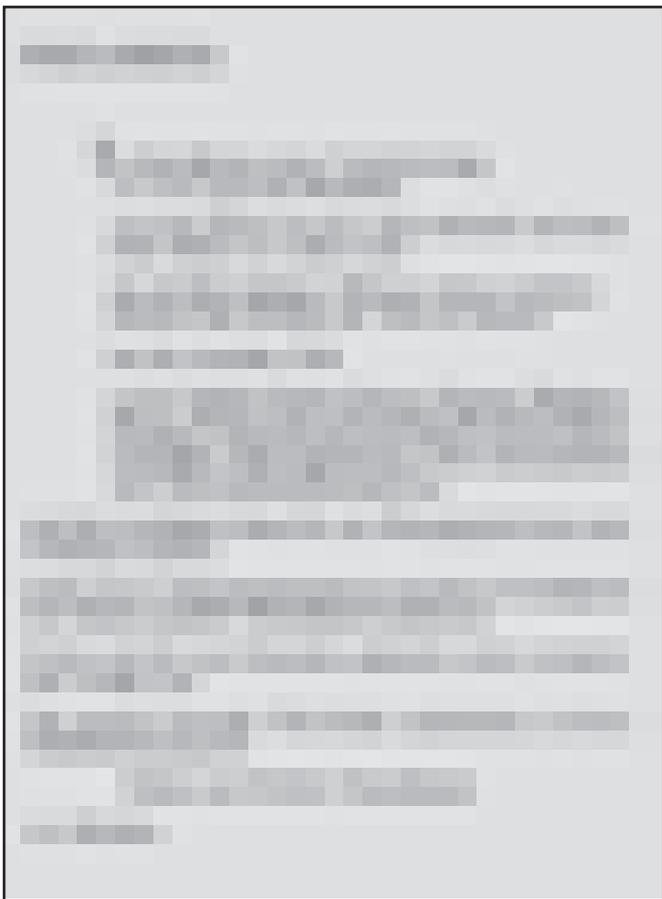
Viel guter Wille fand sich dabei zusammen, aber auch Scharlatane aus dem Westen blieben nicht aus, und so mancher Nutznießer des alten Systems fand die neue Richtung überhaupt nicht gut.

Die Parteienlandschaft ordnete sich im späteren Beitrittsgebiet in der ersten Jahreshälfte 1990 neu, die Volkskammer und die Gemeindevertretungen wurden erstmals frei gewählt. Und unaufhaltsam vollzog sich der Prozess weg von einem diktatorischen System, das sich Volksdemokratie nannte, hin zu einem System, bei dem alle Gewalt tatsächlich vom Volk ausgeht. „Runde Tische“ waren sich einig über die Wiederherstellung der früheren Länder und erwogen eine neue Verfassung für einen

gewandelten, aber selbständig bleibenden Staat. Der Programmablauf zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde dadurch aber nicht aufgehalten. Schnell stand nicht mehr das Ob einer Vereinigung zur Diskussion, sondern nur noch das Wie. Dementsprechend folgten die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ab Juli 1990 und der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zum Oktober 1990 mit der Folge des Inkraftsetzens des Grundgesetzes im Beitrittsgebiet.

Möglicherweise hätte die Erarbeitung einer neuen Verfassung und ihre Verabschiedung in einer Volksabstimmung eine zusätzliche Integrationswirkung zwischen Ost und West entfaltet, obwohl man nach den Erfahrungen mit der späteren Verfassungsgebung in den Ländern das Interesse der Öffentlichkeit daran nicht überbewerten darf. Artikel 146 des Grundgesetzes hätte jedoch diesen Weg wohl auch eröffnet. Entschieden haben diese Frage aber die Volkskammer und damit die Deutschen in der ehemaligen DDR.

Der Beitritt war also keine westdeutsche - unausweichliche - Vorgabe. Und es gab auch gute Gründe für den beschrittenen Weg, also für die Transformation der Rechtsordnung der Bundesrepublik. Zum einen greift man in Umbruchsituationen gern auf Bewährtes zurück. Und dass sich die Rechtsordnung des Grundgesetzes bewährt hatte, stellte niemand in Frage, auch bei all ihren Hypertrophien, die etwa der erste Thüringer Landtagspräsident



Gottfried Müller nicht müde wurde zu beklagen.

Weiterhin herrschte Zeitnot. Wirtschaft, Verwaltung und Rechtsprechung benötigten gesicherte Rechtsgrundlagen. Aber auch im sozialen Bereich waren sie erforderlich. So ermöglichte der Weg des Beitritts etwa, Millionen DDR-Rentner in das westliche Rentensystem einzugliedern, in das sie niemals eingezahlt hatten.

Abb. 5: „Einheit und Freiheit“: die Präambel des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949

Schließlich soll auch nicht verschwiegen werden, dass in einer grundlegenden Verfassungsdiskussion auch Gefahren gesehen wurden. Die Forderungen nach einem Dritten Weg – wie eingangs erwähnt – machten nicht gerade Mut zu einer Verfassungsdebatte. Schwer einzuschätzen war auch, wie viel Altlast aus der Zeit der SED-Diktatur in einer solchen Debatte virulent werden würde. Auch die Neigung der von der friedlichen Revolution geprägten DDR-Bürger zu stärkeren plebiszitären Elementen in der Gesetzgebung verschreckte Viele, denn auf dem ostdeutschen Erlebnis-hintergrund verstärkten sich jene Vorstellungen, nach denen die plebiszitäre Demokratie eben doch die eigentliche oder wahre Demokratie ist, an der die repräsentative gemessen und als defizitär erkannt wird (*Hättich*).

6. Wiedervereinigung und innere Einheit

Wenn Richard Schröder beklagt, dass die Entwicklung seit diesem Neuanfang 1989/1990 bevorzugt als eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen beschrieben wird, so deckt sich das mit den eigenen Erfahrungen. Unmittelbar nach der Neubegründung Thüringens Ende 1990 galt der aus dem Westen gekommene Thüringer Justizminister als Repräsentant einer Rechtsordnung, die das Glück der Menschen bewirke.

Vier Jahre später bei seinem Abschied aus Thüringen blies ihm

der Wind kräftig ins Gesicht. Die neue Rechtsordnung hatte die staatliche Unterdrückung und Bevormundung zwar beendet. Sie hatte auch Chancen eröffnet. Aber davon, das jeweilige individuelle Glück zu verwirklichen, war sie doch weit entfernt. Auch konnte nicht jeder die Chancen wahrnehmen, die sie eröffnete.

Ehrhart *Neubert*, Pfarrer und Bürgerrechtler in der DDR und Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, hat sehr bald die Bewusstseinslage seiner Mitbürger beschrieben und den aus dem Westen gekommenen Aufbauhelfern die Augen geöffnet. In der DDR sei das Legalitätsprinzip stets dem Legitimitätsprinzip untergeordnet gewesen, lautete seine Diagnose. Das Rechtsempfinden in Ostdeutschland sei von einem moralischen Fundamentalismus geprägt gewesen, der mit dem positiven Recht oder dem Rechtsverständnis des Grundgesetzes in Konflikt stehe.⁹

Diese Diagnose überzeugt. Der Kommunismus hatte sich in der DDR als weltliche Heilslehre verwirklicht. Weltliche Heilslehren unterscheiden sich insoweit nicht von den religiösen, als sie sich allein im Besitz des Schlüssels zum Glück der Bürger sehen. Dabei akzeptieren sie keine Konkurrenz. Wie mit religiösen Fundamentalisten ist auch mit ihnen keine Rechtsordnung zu schaffen, in der sich Menschen unterschiedlicher religiöser oder ideologischer Überzeugungen ihre Unterschiede zubilligen und sie wechselseitig respektieren. In einer

fundamentalistischen Ordnung müssen die anders Denkenden und Glaubenden ausgeschaltet werden. Sie werden kaltgestellt oder vernichtet.

Die DDR war eine solche Ordnung. In dieser Ordnung verkörperte die SED die kommunistische Heilslehre. Sie war ausgestattet mit einem mächtigen Apparat, der vom Politbüro bis zum Blockwart um die Ecke reichte. Verfassung und Recht waren dieser Macht im Staat nachgeordnet. Im Konfliktfall mussten sie zurückstehen. So waren Verfassung und Recht letztlich weitgehend Attrappen.

Bei einer solchen Bewusstseinslage ist es nicht verwunderlich, dass viele Bürger in der ehemaligen DDR zunächst meinten, die kommunistische Heilslehre würde nun durch eine westliche, freiheitliche und menschenwürdige abgelöst. Dies bedeute, dass unmittelbar Gerechtigkeit und Wohlstand einkehren werde. Doch im aufgeklärten demokratischen Rechtsstaat gibt es zwar eine Wertordnung, aber keine ideologische Heilslehre. Vielmehr müssen die Bürger die mühsame Aufgabe schultern, auf der Grundlage der sehr abstrakten Wertordnung im täglichen Wettbewerb der unterschiedlichen Meinungen und Ansichten vom Gemeinwohl diesem Ziel möglichst nahe zu kommen.

Um an das Wort von Bärbel Bohley anzuknüpfen¹⁰: Die DDR-geprägten Deutschen haben den Rechtsstaat bekommen, um darin die Gerechtigkeit selber zu verwirklichen. Sie waren in die Mün-

digkeit entlassen, wo es nicht immer anheimelnd und gemütlich ist, eine Erkenntnis, die den Deutschen im Westen seinerzeit auch nicht leicht gefallen ist. Sie hatten allerdings 1989 bereits eine vierzigjährige Praxis darin hinter sich.

Anmerkungen

- 1 Nachschrift der Rede anlässlich der Vorstellung des Buches „Hessen und Thüringen - Umbruch und Neuanfang 1989/1990“, gehalten am 26. November 2007 im Hessischen Landtag in Wiesbaden.
- 2 Schröder, Richard, *Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit*, Freiburg 2007.
- 3 *Die Mauer / Zum 3. Oktober 1990*, in: Kunze, Reiner, *Ein Tag auf dieser Erde. Gedichte*, Frankfurt a.M. 1998.
- 4 Heym, Stefan, *Aschermittwoch in der DDR*, in: *Der Spiegel* v. 4.12.1989.
- 5 Auf einer Tagung anlässlich des 500. Geburtstages Thomas Müntzers am 19. Januar 1989, in: *Neues Deutschland* v. 20.1.1989.
- 6 Vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von F. Bertele in diesem Heft.
- 7 Refrain des Hymnus' zum III. Parteitag der SED im Juli 1950.
- 8 Vgl. hierzu den Beitrag von F. Bertele in diesem Heft.
- 9 Vgl. Neubert, Ehrhart, *Politische Kultur und Rechtsbewusstsein in Ostdeutschland. Folgen der Diktatur*, in: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 39 (1995), S. 174-187.
- 10 „Wir haben Gerechtigkeit erwartet und den Rechtsstaat bekommen“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 9.11.1991), so der vielzitierte Ausspruch der DDR-Bürgerrechtlerin und Mitbegründerin des Neuen Forums Bärbel Bohley (*1945) aus dem Juli 1991.

Franz Bertele

Die Mauer fiel in Prag¹¹

1. Deutsche in Ost und West

Die Zeit, über die ich Ihnen berichte, liegt so weit zurück, dass jüngere Menschen sie fast nur noch vom Hörensagen kennen. Und weil sie so weit zurückliegt, glauben mittlerweile auch viele der Älteren, die sie bewusst erlebt haben, dass diese Zeit auch ihr Gutes gehabt habe, dass es den Leuten im Westen gut gegangen sei und dass im Osten jeder Arbeit gehabt hätte. Und genügend Kinderkrippenplätze habe es überdies im Osten auch gegeben, in die zur Arbeit verpflichtete eilige Mütter ihre Kleinen schon um 6 Uhr morgens auf dem Weg zur Arbeit hätten abliefern können. War also gar nicht so schlecht!

Wer wie ich vor Ort erlebt hat, wie viele Menschen unter der Teilung gelitten haben und zum Teil daran zerbrochen sind, kann dieser Nostalgie nichts abgewinnen. Bei all den Mühen der Ebene, die die Überwindung der Teilung uns allen abverlangt, bin ich auch heute noch darüber glücklich, dass es uns gelungen ist, die deutsche Einheit zu erreichen, ohne dass auch nur ein Mensch sein Leben dafür lassen musste. Sicherlich sind bei der Gestaltung der Einheit viele Fehler gemacht worden, aber es gab ja auch in der ganzen Geschichte kein Beispiel, das

wir als Wegweiser hätten nutzen können. In den Bibliotheken fanden sich ganze Regale gelehrter Bücher über den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus, aber nicht ein einziges, das den umgekehrten Weg beschrieben hätte. Oder wie Hanna *Suchocka*¹², die sehr tüchtige aber leider nur kurzfristige polnische Ministerpräsidentin mir einmal sagte: Jede Frau weiß, wie man aus Eiern ein Omelett macht, aber niemand kennt bisher den Weg, mit dem man die einzelnen Eier zurück erhält.

Aus dieser weit zurückliegenden Zeit, in der es – und das war nun wirklich gut – weder Ossis noch Wessis, sondern nur Deutsche in Ost und West gab, will ich berichten.

2. Der Grundlagenvertrag und die Einrichtung Ständiger Vertretungen (1972/73)

Die Bundesrepublik und die DDR hatten im Dezember 1972 einen *Vertrag über die Grundlagen* ihrer Beziehungen geschlossen. In diesem Vertrag hatten die beiden deutschen Staaten ihre in Anbetracht der Weltlage unlösbaren Differenzen ausgeklammert und den Weg zu einem geregelten Nebeneinander oder gar Mitei-

inander gesucht. Mit der Errichtung von Ständigen Vertretungen (STAEV) in Ost-Berlin und Bonn wurden wichtige Instrumente für den Ausbau der Beziehungen geschaffen.

Ständige Vertretungen wurden ausgetauscht und nicht Botschaften, da wir die DDR nicht als Ausland ansahen und daher Völkerrecht und völkerrechtliche Instrumente nicht unmittelbar anwendbar waren. Die DDR war natürlich anderer Ansicht, aber wir konnten unsere Ansicht im Grundlagenvertrag durchsetzen.

Die *Ständige Vertretung* der Bundesrepublik in *Ost-Berlin* spielte in der Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen eine zentrale Rolle. Das hatte zunächst damit zu tun, dass sie im Zentrum der Teilungsprobleme lag. Hier konnte man nicht einen Augenblick vergessen, dass die Grundsatzelemente ungelöst waren. In und um die Vertretung spielten sich viele Tragödien ab. Dazu kam, dass der erste Ständige Vertreter, Günter Gaus¹³, von Bundeskanzler Willy Brandt zum „zentralen Verhandlungsführer“ für die im Grundlagenvertrag vorgesehenen Folgeabkommen berufen worden war, so dass die wichtigen Verhandlungen auf unserer Seite von Günter Gaus mit der DDR in Ost-Berlin geführt wurden. – Die *Vertretung der DDR in Bonn* spielte bei der Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen dagegen kaum eine Rolle.

Beide Vertretungen hatten auch in ihrem jeweiligen Umfeld eine völlig unterschiedliche Bedeutung.

Die Menschen in der DDR waren an der „BRD-Botschaft“ in hohem Maße interessiert. Wer es sich leisten konnte, und das waren zum Beispiel Schriftsteller, Künstler, Vertreter der Kirchen und alle, die schon in der Produktion tätig waren (und daher nicht mehr dorthin strafversetzt werden konnten), kamen gerne in die Vertretung. Für andere war sie der letzte Rettungsanker, sozusagen eine Art Versi-

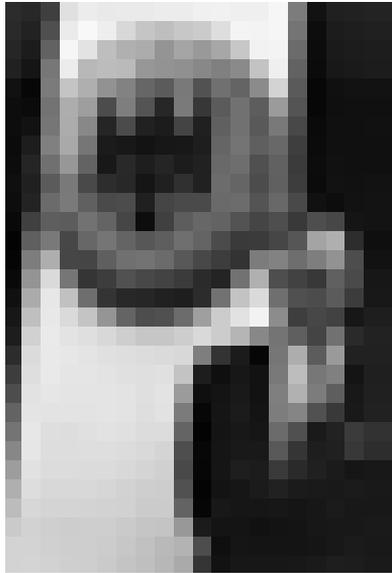


Abb. 6: Der erste Ständige Vertreter, Günter Gaus (links), und der letzte, Franz Bertele (mit seiner Frau Doris) in der „STAEV“ (2. Oktober 1990)

cherung, dass sie im schlimmsten Fall eine Ansprechstelle hätten. Die Veranstaltungen und Empfänge der Vertretung, und hier zitiere ich Peter Jochen Winters von der FAZ, der viele Jahre Korrespondent in Ost-Berlin war, „waren legendär“.¹⁴

Die DDR-Vertretung in Bonn dagegen war in die deutsch-deutschen Verhandlungen nicht eingeschaltet. Ein vergleichbares Umfeld wie in Ost-Berlin gab es

Abb. 7: Der Autor vor der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin (ca. Frühjahr 1989)



für sie in Bonn nicht. Sie war weit weg von den akuten Problemen der deutschen Teilung, von der humanitären Not geteilter Familien und der Verzweiflung derjenigen, die über die Zuflucht in der Mission ihre ihnen sonst nicht erlaubte Ausreise erzwingen wollten. Außer amtlichen Gästen kamen zu ihren Veranstaltungen nur einige „Fellow-Travellers“ aus dem Umfeld der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), keine Künstler und Schriftsteller, wie sie die Bonner Vertretung in Ost-Berlin zuhauf hatte. Hier schlug das offene Grundsatzproblem direkt auf die Vertretungen durch; die „Ostdeutschen“ hatten ein großes Interesse an der West-Vertretung, die „Westdeutschen“ dagegen keines an der Repräsentanz der DDR.

Zwischen der Bundesregierung in Bonn und der Ständigen Vertretung in Berlin gab es aus der Na-

tur der Sache eine Arbeitsteilung: Die Bonner Politik musste auch immer wieder den Grunddissens zwischen den beiden deutschen Staaten betonen; Aufgabe der Ständigen Vertretung dagegen war es, im täglichen Kontakt und auch im Ringen mit der DDR die Auswirkungen der Teilung auf die betroffenen Menschen, so weit das möglich war, erträglich zu machen.¹⁵

3. Amtsantritt im Januar 1989: „Die deutsche Frage - offen, aber nicht aktuell“

Als ich mich auf die Aufgabe des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin in der ersten Jahreshälfte 1989 vorbereitete, glaubte ich ungefähr zu wissen, was auf mich zukäme. Es war mein zweiter Einsatz an der Vertretung: Schon von September 1977 bis zum November 1980 hatte ich als Vertreter des damaligen Leiters Günter Gaus, als „zweiter Mann“, dort gearbeitet. Ich kannte also Land und Leute, und die Führungsriege der DDR war fast unverändert, nur halt zehn Jahre älter geworden.

Das Netz der deutsch-deutschen Beziehungen war mittlerweile viel dichter; dennoch mussten noch viele Fragen geregelt werden; ein erheblicher Teil von dem neuen Ständigen Vertreter. Das Bundeskanzleramt, dem die Ständige Vertretung unterstellt war, hatte durch den Arbeitsstab Deutschlandpolitik unter seinem Leiter Claus Duisberg einen um-

fangreichen Aktenordner zu allen anstehenden Fragen zusammengestellt¹⁶. Auch das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen¹⁷ hatte fleißig und umfassend Sachstände und unsere Wunschlösungen aufbereitet. Die Palette reichte von Erleichterungen im Reise- und Besucherverkehr, der Abschaffung oder zumindest der Verringerung des Mindestumtauschs über Ausweitungen des nicht kommerziellen Zahlungsverkehrs bis zur Verhandlung einer Hochgeschwindigkeitseisenbahn-Verbindung zwischen Berlin-West und Hannover.

Viel wichtige Routinearbeit erwartete ich, nicht aber spektakuläre Veränderungen in der DDR und im deutsch-deutschen Verhältnis. Das habe ich auch vor meinem Dienstantritt mehrfach öffentlich erklärt. Nach einem Gespräch mit Karl *Feldmeyer* von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hat dieser in der FAZ vom 20. Januar 1989 meine Ansichten wie folgt zusammengefasst:

„Fragt man ihn nach der deutschen Frage, so ist seine Antwort knapp: Sie ist offen, aber nicht aktuell. [...] Über die Zukunft der Deutschen und ihrer Einheit würden, so sagt er, nicht die Gerichte entscheiden, sondern, wenn sich die Möglichkeit biete, die Bewohner der DDR. Sollten sie sich dann vom Verhalten der Deutschen in der Bundesrepublik und ihrer Lebenswirklichkeit abgestoßen fühlen, hätte sich die deutsche Frage erledigt,

lautet der emotionslose Befund des künftigen Leiters der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin.“

Aus dieser Grundeinstellung ergab sich für mich, dass die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Politik gegenüber der DDR immer auch als Sachwalter der Menschen in der DDR auftreten musste, dass sie sich der Sorgen und Nöte der Menschen im geteilten Deutschland annehmen musste, kurz: dass solange die weltpolitische Lage eine grundsätzliche Änderung des status quo nicht zuließ, die „Politik der kleinen Schritte“, die den Alltagsnöten der Menschen Rechnung trug, richtig war und fortgesetzt werden musste. Ich hatte dabei immer ein Gespräch in Erinnerung, das ich bei meinem ersten Aufenthalt in Ost-Berlin mit einem DDR-Bürger geführt hatte:

„Wenn ihr mit unserer Führung sprecht und unsere Oberen sich sicher fühlen, dann kommt das auch uns an der Basis zugute. Dann wird unser Leben leichter. Aber macht einen Fehler nicht: macht uns nicht zu Ausländern.“

Dass die Menschen im Herbst 1989 nicht nur „Wir sind das Volk“, sondern kurz darauf auch „Wir sind ein Volk“ skandierten, hatte auch damit zu tun, dass alle Bundesregierungen die humanitären Probleme, die sich aus der deutschen Teilung vor allem für die Bürger der DDR ergeben hatten, ernst genommen und alles in ihrer Macht stehende getan haben, um diese zu lindern.

Dass das weltpolitische Szenario sich mit so rasantem Tempo ändern würde, habe ich damals natürlich nicht erwartet. Aber das Ziel der deutschen Einheit hatte ich nie aus den Augen verloren. Mit dieser Grundeinstellung nahm ich die mir übertragene Aufgabe an.

Die erwartete Routine trat nicht ein, denn ein Problem setzte sich sozusagen von allein auf die Tagesordnung zwischen den beiden deutschen Staaten, das mehr als alle vorbereiteten Sachthemen meine Arbeit in Ost-Berlin prägen sollte und beinahe meinen Dienstantritt zur verabredeten Zeit verhindert hätte, nämlich die Zufluchtnahmen in der Ständigen Vertretung. Zufluchtsfälle, also Fälle, in denen Besucher der Vertretung erklärten, sie würden die Vertretung erst nach einer verbindlichen Ausreisezusage der DDR verlassen, hatte es zwar fast während der gesamten Existenz der Vertretung gegeben, in der Regel als Einzelfälle, hin und wieder auch in richtigen Wellen. Und einmal in der Vergangenheit, im Sommer 1984, hatte die Vertretung geschlossen werden müssen (wie übrigens auch die Botschaft in Prag), weil die Zahl der Zuflüchtigen das verkraftbare Maß überschritten hatte. Wenige Tage vor meiner Ausreise nach Ost-Berlin waren nun nicht nur einige, sondern rund zwanzig Deutsche aus der DDR in der Ständigen Vertretung und wollten diese nur nach einer Ausreisezusage durch die DDR wieder verlassen. Die DDR zögerte, da

sie das bis dahin übliche Verfahren, Ausreisen nach einer Wartezeit von einigen Monaten zuzusagen, nicht mehr aufrechterhalten wollte. Erst nach Einschaltung der politischen Ebene mit dem damaligen Bundesminister im Bundeskanzleramt Wolfgang Schäuble¹⁸ und mehreren Telefonaten mit Rechtsanwalt Wolfgang Vogel¹⁹ lenkte die DDR ein, gab die erforderlichen Zusagen und ich konnte nach Ost-Berlin reisen. Das Zufluchtsproblem jedoch blieb, von der deutschen Öffentlichkeit unbemerkt, bis zur Schließung der Ständigen Vertretung im Sommer 1989 wegen Überfüllung mein täglicher Begleiter. In diesem halben Jahr hatten wir weit mehr als 1000 solcher Fälle.

Am 2. Februar 1989 empfing mich Erich Honecker in seiner Eigenschaft als Staatsratsvorsitzender in seinem Amtssitz zur Übergabe meines Beglaubigungsschreibens. Die Vorbereitung war preußisch genau. Der DDR-Protokollchef Franz Jahsnowski teilte mir mit, er werde mich um 10.13 Uhr in meiner „Residenz“ in der Kuckhoff-Straße in Pankow mit einem Dienstwagen des Staatsrates mit Motorradeskorte abholen. Auf meine Frage, weshalb nicht um 10.12 Uhr oder um 10.14 Uhr, erhielt ich die Antwort, die Entfernung zum Dienstsitz des Staatsratsvorsitzenden sei bekannt, alle Ampeln auf der Schönhauser Allee würden in Fahrtrichtung auf Grün gestellt, der Querverkehr werde unterbrochen, der Eskortenführer könne daher sicherstellen, dass ich auf die Sekunde

genau die vor dem Staatsratsgebäude angetretene Ehrenformation abschreiten und dann zum Staatsratsvorsitzenden gelangen würde. Für die Übergabeceremonie und das anschließende Gespräch stünden genau 30 Minuten zur Verfügung, denn um 11.00 Uhr werde der Botschafter von Togo sein Beglaubigungsschreiben übergeben. Mir war nicht wohl bei dem Gedanken, dass viele Menschen wegen mir in Staus stecken würden – aber so war sie halt, die DDR.

Das an die Übergabeceremonie sich anschließende 20-minütige Gespräch mit Honecker brachte keine Überraschung. Honecker stellte die anstehenden Probleme der Abrüstung und der Rüstungskontrolle in den Vordergrund und kam nur kurz auf bilaterale Fragen zu sprechen. Er knüpfte an seinen Besuch in Bonn²⁰ an und bezeichnete die sich daran anschließende Entwicklung als positiv. Und er meinte, Verbesserungen im Eisenbahnverkehr, Umweltfragen und Fragen der Energiewirtschaft würden mich wohl in Zukunft besonders beschäftigen. Von den kontroversen Themen sprach er nur den Verlauf der Grenze im Bereich der Elbe an.

Ich habe jeweils unsere Positionen vorgetragen und wie auch bei vielen anderen Gesprächen vorher und nachher abschließend betont, Verbesserungen in den Beziehungen auf staatlicher Ebene seien kein Selbstzweck – sie müssten auch für die Bürger in ihrem täglichen Leben spürbar werden. Honecker hat auf die-



Abb. 8: Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch Honecker an Franz Bertele am 2. Februar 1989 (in der Mitte: DDR-Protokollchef Franz Jahnsowski)

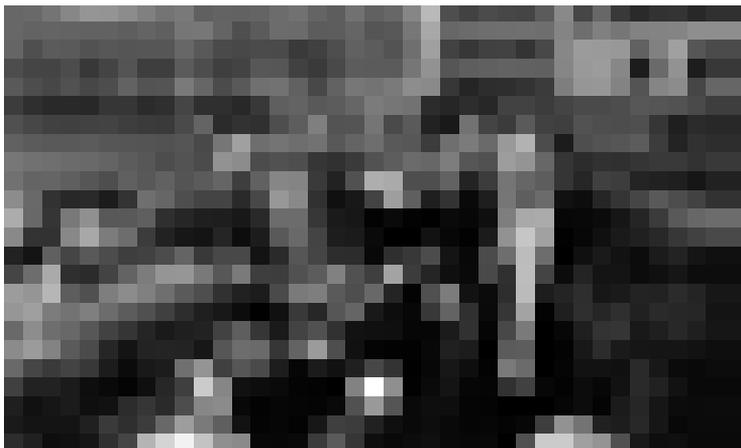


Abb. 9: Franz Bertele nach Erhalt seines Beglaubigungsschreibens vor dem DDR-Staatsratsgebäude im Gespräch mit Journalisten (2. Februar 1989)

sen Satz nicht reagiert. Und ich habe diesen Satz auch den vor dem Staatsratsgebäude auf mich wartenden Journalisten gesagt, denn für mich war das immer ein zentraler Punkt.

Auch das Ministerium für Staatssicherheit hat dies offenbar so gesehen und daran folgerichtig An-

stoß genommen. Nur knapp eine Woche später, am 8. Februar, wurde ich von einem der Stellvertreter des Außenministers, nämlich von Kurt Nier, zu einem Gespräch „einbestellt“.

Nier begrüßte mich nur knapp und verlas dann, betont geschäftsmäßig, mit monotoner Stimme, eine vierseitige Erklärung, die mit der Feststellung begann, dass in letzter Zeit die völkerrechtswidrigen Aktivitäten der Ständigen Vertretung erheblich zugenommen hätten. Wir würden uns zunehmend in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen. Die DDR werde solchen Aktivitäten nicht tatenlos zusehen:

„Das wird noch unterstrichen durch öffentliche Erklärungen des Leiters der Ständigen Vertretung, Herrn Dr. Bertele, nach seiner Akkreditierung, wonach es offensichtlich als eine vordringliche Aufgabe dieser Einrichtung angesehen wird, sich um Belange von Bürgern der DDR zu bemühen.“²¹

Das war für einen neuen Missionschef schon nicht mehr die gelbe Karte – das war schon fast rot. Die Absicht war offenbar: ich sollte eingeschüchtert werden. Meine Bitte, mir diesen Text zu überlassen, lehnte Nier ab, ich musste also die wichtigsten Passagen notieren. Ich habe alle Vorwürfe als abwegig zurückgewiesen. Nier wiederholte daraufhin, ohne eigene Argumentation, Passagen des verlesenen Textes. Unser „Gespräch“ endete schnell und in ungewöhnlich frostiger Atmosphäre. Als mich dann der „Ab-

teilungsleiter BRD“ im DDR-Außenministerium Karl Seidel zum Ausgang brachte, fragte ich ihn, wer denn diese „Einbestellung“ veranlasst hätte. Seidel, den ich von meiner früheren Tätigkeit gut kannte und den ich als Person immer geschätzt habe, sagte schmallippig, ich könnte davon ausgehen, dass dieser Text nicht im Außenministerium der DDR entstanden sei. Wo er herkomme, könne er mir nicht sagen. Erst sehr viel später habe ich erfahren, dass meine Einbestellung vom Chef der Staatssicherheit Erich Mielke veranlasst wurde und dass die Gesprächsaufzeichnung des DDR-Protokollanten an ihn persönlich zurückzuleiten war.

Kurze Zeit später, bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung, ging Kurt Nier sehr freundlich auf mich zu. Ich eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, ich würde ihn eigentlich gerne fragen, wie es ihm gehe, aber ich traute mich nicht. Als er verblüfft nach dem Grund fragte, sagte ich, ich erhoffte zwar als Antwort ein „gut“, fürchtete aber auch den Vorwurf, ich würde mich in seine inneren Angelegenheiten einmischen. Er lachte und wir hatten dann eine erfreuliche Unterhaltung.

Ein neuer Missionschef muss viele Antrittsbesuche absolvieren. Manche werden vom Protokoll des Gastlandes vorgeschrieben, zum Beispiel bei Regierungsmitgliedern und anderen hohen staatlichen Würdenträgern. Andere Besuche entsprechen den allgemein anerkannten Regeln der internationalen Courtoisie,

zum Beispiel bei den anderen im Gastland akkreditierten Chefs diplomatischer Vertretungen. Die Gespräche mit den DDR-Würdenträgern wie Ministerpräsident Willi Stoph, Außenminister Oskar Fischer, dem Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann und mit vielen anderen machten deutlich, dass es in der DDR nur eine „Nummer 1“, eben Erich Honecker, gab. Alle anderen hatten vorbereitete Papiere und hielten sich gegenüber dem „BRD-Vertreter“ peinlich genau an die geltenden Sprachregelungen. Wirkliche Gespräche gab es praktisch nicht. Diese Antrittsbesuche waren reine Pflichtveranstaltungen.

Es gab natürlich auch Antrittsbesuche, bei denen die Initiative von mir ausging, die also keine Pflichtbesuche waren. Da die Bundesrepublik Deutschland kein sozialistisches Land war, gab es keine „Parteibeziehungen“. Das staatliche Protokoll sah demgemäß keine Kontakte zu den Granden des allmächtigen Politbüros der SED, soweit sie nicht auch staatliche Ämter hatten, vor. Nun lag die Macht in der DDR ja nicht bei der Regierung, sondern bei der SED. Im Gegensatz zu früher nahm man meinen Wunsch, auch einigen Mitgliedern des Politbüros ohne staatliche Ämter Antrittsbesuche abzustatten, ohne Überraschung auf, und ich erhielt auch relativ bald die erwünschten Termine bei Günter Mittag und Kurt Hager, bei Erich Kleiber und Harry Tisch und noch bei einigen anderen²².

Und natürlich auch bei Egon Krenz²³, der als „Kronprinz“ Honeckers galt. An einem Gespräch mit ihm war ich besonders interessiert. Aus diesem Gespräch möchte ich berichten (obwohl auch die anderen Gespräche in dieser Klasse durchaus interessant waren), da Krenz damals eine besondere Rolle spielte, denn er war im Politbüro unter anderem für die innere Sicherheit in der DDR verantwortlich. Ich kannte Krenz von meinem ersten Aufenthalt in der DDR und wir sprachen miteinander in lockerem Ton, aber sehr hart in der Sache. Er begann das Gespräch - eine Woche nachdem der damalige Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann seinen Besuch auf der Leipziger Messe wegen eines Grenzzwischenfalls an der Mauer bei Staaken in letzter Minute abgesagt hatte - mit Vorwürfen gegenüber Politikern und Medien der Bundesrepublik, denen er verleumderische Attacken gegen die DDR vorwarf. Wir würden uns dauernd in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen und uns eine „Obhutspflicht gegenüber DDR-Bürgern anmaßen“. Gemeint war mit dieser Formel, die man auch fast täglich im „Neuen Deutschland“ lesen konnte²⁴, dass wir die DDR-Deutschen, die zu uns kamen, als Deutsche und nicht als Ausländer behandelten. Jeden Übersiedler, so Erich Krenz, begrüßten wir als Held. Er bestritt, unter Berufung auf Erklärungen Honeckers, die Existenz eines Schießbefehls an der Grenze und verstieg sich zu der Behauptung, dass auch an

der „BRD-Grenze zu westlichen Staaten“ und auch ganz allgemein bei unseren Vollzugsbeamten „der Colt recht locker sitzen“ würde. Ich habe diese Vorwürfe natürlich zurückgewiesen.

Schließlich fragte ich ihn, ob ihm, der für die innere Sicherheit der DDR verantwortlich wäre, nicht die allgemeine Unzufriedenheit und der zunehmende Ausreisepressure in der DDR Sorgen machen würde. Natürlich wusste er, dass wir täglich Zufluchtsfälle hatten und er kannte auch die Schätzungen über die Zahlen der Ausreisewilligen aus der DDR, die bei über einer Million lagen. Dennoch wischte er meine Frage völlig ungerührt vom Tisch. „Sie verkehren in den falschen Kreisen, lieber Herr Bertele“, sagte er und fuhr fort: „Sie sollten nicht auf die ewig Unzufriedenen, auf die paar Stänkerer, die es überall gibt, hören, sondern auf die überwältigende Mehrheit der DDR-Bürger, die ihren Staat geschaffen haben und die stolz und zufrieden auf das Erreichte sind“. Meine Antwort war: „Es ist richtig, dass meine Mitarbeiter und ich zu den Schriftstellern, die ausschließlich im Militärverlag der DDR publizieren, keine Kontakte haben, sonst aber zu fast allen anderen Segmenten der DDR-Gesellschaft.“ An seiner Stelle würde ich mir Sorgen machen. Krenz schloss diesen Teil des Gespräches mit der Feststellung, das Ausreiseproblem sei letztendlich ein Randproblem; ich hätte ein völlig unzutreffendes Bild von der inneren Lage der DDR.

Natürlich durfte Egon Krenz mir gegenüber nicht zugeben, dass er sich über die innere Lage der DDR Sorgen mache, aber es wurde dennoch deutlich, dass er die Lage völlig falsch einschätzte. Das zeigte sich auch wenig später, als unter seiner Stabführung das Ergebnis der Kommunalwahlen dreist im Sinne der SED gefälscht wurde²⁵, obwohl fast jedermann wusste, dass Vertreter von Bürgerrechtsgruppen in allen Wahllokalen die Zahl derer, die dort wählten, festgestellt hatten, so dass den Manipulationen gewisse Grenzen gesetzt waren. Er war sich sicher, dass die Machtmittel des SED-Staates allen möglichen Herausforderungen überlegen waren. Die Arroganz der Macht war bei Egon Krenz unübersehbar.

Wir hatten praktisch alle Tage Zufluchtsfälle. Einen besonders dramatischen Zufluchtsfall möchte ich jedoch erwähnen, der sich wenige Tage nach meinem Eintreffen in Ost-Berlin ereignete:

Als ich von meinem Antrittsbesuch beim Doyen des Diplomatischen Corps, dem libanesischen Botschafter Josef Akl, in die Vertretung zurückkam, war die Schranke zum Hof der Ständigen Vertretung abgerissen und ein schwer beschädigtes Fahrzeug mit DDR-Kennzeichen lag auf unserem Hof. Der Fahrer war mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern mit Gewalt auf unseren Hof und damit in den Schutzbereich der Vertretung durchgebrochen und hatte dabei einen der die Vertretung bewachenden

DDR-Polizisten, der dies verhindern wollte, erfasst und verletzt, schwer verletzt, wie das DDR-Außenministerium in dramatischer Tonlage behauptete. Ich konnte das nicht überprüfen, da mir der erbetene Besuch bei dem Verletzten verweigert wurde. Der damalige starke Mann im DDR-Außenministerium, Staatssekretär und Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der SED, Herbert *Krolikowski*²⁶, forderte von mir ultimativ die sofortige Herausgabe dieses „Schwerverbrechers“, denn dieser Zufluchtsfall sei mit anderen Zufluchtsfällen nicht vergleichbar. Wenn die Bundesregierung sich nicht zur Überstellung dieses Verbrechers bereit erkläre, werde er sofort nach unserem Gespräch die Presse über diese Forderung der DDR unterrichten und dabei erklären, dass allein die Bundesregierung die Verantwortung für die mit diesem Fall einhergehende gravierende Verschlechterung der Beziehungen zu verantworten habe. Ich habe eingeräumt, dass auch die Bundesregierung das in Frage stehende Verhalten nicht billigen könne. Dennoch komme eine Überstellung gegen den Willen des Zuflüchtigen nicht in Betracht, denn auch die DDR trage Verantwortung in diesem Fall, da er erst denkbar geworden sei, weil die DDR ihren Bürgern das Recht zum Verlassen der DDR verweigere, obwohl sie sich hierzu in den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Verträgen verpflichtet habe. Falls er, gemäß seiner Ankündigung, im Anschluss an unser Gespräch vor

die Presse treten würde, würde ich die Medien ebenfalls unterrichten und dabei die Verantwortung der DDR auch für diesen Fall betonen. Krolikowski verzichtete auf seine Pressekonferenz. Innerhalb einiger Tage verließ unser Zuflüchtiger freiwillig die Vertretung, nachdem Wolfgang *Vogel* seine Verteidigung übernommen hatte und die DDR zugesagt hatte, ihn nach einer Verurteilung spätestens innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Bundesrepublik abzuschicken, was genau so dann auch geschah.

4. Wegen Überfüllung geschlossen - Massenflucht im August/September 1989

Eigentlich hatte ich meinen Jahresurlaub Mitte Juli antreten wollen, aber die steigende Zahl von Zuflüchtigen in der Vertretung und die schleppende Abwicklung durch die DDR ließen das nicht zu. Gegen Monatsende sagte mir schließlich Wolfgang *Vogel* in seiner Eigenschaft als Beauftragter der DDR-Regierung für die „Regelung humanitärer Fragen“, ich könne nun unbesorgt in Urlaub fahren. Er habe von seiner Seite ausreichende Vollmachten, um alle Zufluchtsfälle positiv und zügig erledigen zu können. So fuhren meine Frau und ich nach Norwegen, und ich fiel aus allen Wolken, als mir bei einem der für jeden zweiten Tag verabredeten Kontrollanrufe unsere Botschaft in Oslo mitteilte, die Ständige Vertretung sei wegen Überfüllung

lung am Vortag, dem 8. August 1989, geschlossen worden. Das norwegische Fernsehen hatte am Abend nicht darüber berichtet, Handys gab es noch nicht und mein „Weltempfänger“ empfing keinen deutschen Sender im Gebirge Mittelnorwegens. Wir hetzten nach Berlin zurück und ich kam gerade noch rechtzeitig an, um am Morgen des 11. August mit dem aus Bonn angereisten Leiter des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Claus *Duisberg* ein Gespräch mit Kurt *Nier*, einem der Stellvertreter des DDR-Außenministers, führen zu können, dem Duisberg im Auftrag des Bundeskanzlers unsere Einschätzung der Situation vorzutrug.²⁷ Die DDR versuchte, uns für die entstandene kritische Situation verantwortlich zu machen. Wir antworteten, die Probleme seien in der DDR entstanden und könnten nur von der DDR gelöst werden.

Für meine Mitarbeiter und für mich stand in den nächsten Wochen die Betreuung unserer „Gäste“ im Vordergrund. Wenn ich die Lage in der Ständigen Vertretung mit der vergleiche, wie sie sich später in der Botschaft Prag entwickelte, dann war es bei uns noch fast idyllisch. Wir hatten zum Zeitpunkt der Schließung „nur“ 131 Besucher in der Vertretung, und diese Zahl sank noch geringfügig, da einige nach ein paar Tagen freiwillig gingen und neue nicht hinzukamen. Ein „über den Zaun Steigen“, wie es in Prag üblich wurde, war in der mitten in Ost-Berlin gelegenen und von

der DDR scharf bewachten Ständigen Vertretung nicht möglich. Und dennoch war auch bei uns die Atmosphäre oft bis zum Zerreißen gespannt.

Zunächst mussten wir die Basisbedürfnisse unserer Gäste befriedigen, Schlafgelegenheiten schaffen, einige zusätzliche Duschen und Toiletten einrichten, Kleider und Wäsche zum Wechseln kaufen, und vieles andere mehr. Gott sei Dank hatten wir in unserem „Gartenhaus“ im Hof, das in anderen Zeiten für Vorträge und Empfänge genutzt wurde, eine ausreichende Küche mit den erforderlichen Utensilien zur Verfügung.

Bei rund 130 Zuflüchtigen hatten wir hinsichtlich beruflicher Bildung und persönlicher Eigenschaften fast einen repräsentativen Querschnitt durch die Gesamtbevölkerung: wir hatten Ärzte, Krankenschwestern und Lehrerinnen, eine Säuglingspflegerin und eine Tänzerin, Diplomingenieure und Handwerker, eine Gesangspädagogin, Kellnerinnen, einige Schüler und auch einen Koch. Mit ihm besprachen wir den Speisezettel und besorgten dann das Erforderliche in West-Berlin. Kochen und Abwaschen überließen wir unseren Gästen, wie überhaupt die Organisation des Tagesablaufs. Und dann haben wir Fortbildungskurse veranstaltet, um die Leute zu beschäftigen: die Palette reichte von Fremdsprachenkursen bis zum Skatunterricht.

Die Altersspanne unserer Besucher ging von 5 bis über 60 Jah-

ren. Es gab Leute, die sich problemlos in die schwierige Lage ohne jeglichen privaten Freiraum einfügten und andere, die quer im Stall standen und auf die Belange anderer keine Rücksicht nahmen. Allen war klar, dass auch die STASI in der Gruppe vertreten sei und einige kamen ungeRechtfertigterweise in den Verdacht, der STASI-Spitzel zu sein. Und nur ich wusste aus einer absolut zuverlässigen DDR-Quelle, dass eine ganz bestimmte Person, die mit am lautstärksten die Forderung nach schneller Ausreise an mich stellte, der „STASI“ zuzuordnen war. Nicht einmal meiner Frau, die als gelernte Ärztin unsere Gäste betreute, habe ich das damals gesagt. Wäre dies in der Gruppe bekannt geworden, wäre sein Leben in hohem Maße gefährdet gewesen.

Ich bin täglich mehrmals und an den Wochenenden mit meiner Frau in das Gartenhaus und auf den Hof gegangen, wo unsere Gäste bei dem überwiegend schönen Wetter jener Wochen sich gern aufhielten und habe mit den Leuten gesprochen. Und sobald ich ein Gespräch begann, hörten zumindest 20 andere zu. Im Vordergrund stand naturgemäß die Frage, wie es denn weitergehe. Als ich immer wieder sagte, niemand werde von uns aus der Vertretung gewiesen, aber alle müssten eines Tages in eigener Verantwortung die Entscheidung treffen, in die DDR zurückzukehren, da es einen anderen Weg in den Westen als den über die DDR nicht geben werde,

haben das die meisten verstanden, wenn auch nicht akzeptiert. Einer warf mir vor, bei gutem Willen könnte ich das Problem doch sofort lösen: mit einem Hubschrauber der US Army wären die 200 Meter nach West-Berlin doch schnell zurückgelegt. Andere aus der Runde sprangen mir bei und erklärten ihm, er solle sich diesen Gedanken aus dem Kopf schlagen.

Ein Gespräch möchte ich wiedergeben, da es charakteristisch für die Stimmung war: Ein Mann Mitte dreißig antwortete auf meine Frage, weshalb er bei uns Zuflucht gesucht habe, er habe eine Frau und zwei Kinder, sei selbstständiger Schlosser, habe eine Wohnung in Berlin und eine Datsche irgendwo an einem Gewässer, aber er halte es in der DDR nicht mehr aus. Er wolle weg, wolle im Westen mit seiner Familie ein neues Leben beginnen. Auf meinen Einwand, er gebe hier doch eine ganze Menge auf, fielen einige meiner Zuhörer so richtig über mich her: Ob ich denn nicht wisse, was die Freiheit wert sei? Wie die DDR-Urlauber in Ungarn würden sie, mit einer Plastiktüte in der Hand, lachend die DDR verlassen; sie würden auf alles verzichten, was sie in der DDR an materiellen Gütern hätten. Eines war dabei allen gemeinsam: sie wollten von dem DDR-Unterhändler Wolfgang Vogel anwaltlich vertreten werden, falls dies notwendig werden sollte.

Nach einer Reihe von vorbereitenden Gesprächen zwischen der DDR-Führung und unserer Seite

lud ich Wolfgang Vogel und den Vorsitzenden des Rechtsanwaltskollegiums der DDR Gregor Gysi am 8. September 1989 zu einem Gespräch mit den Zuflüchtigen in die Ständige Vertretung ein. Aus Bonn kamen neben anderen der Staatssekretär des Innerdeutschen Ministeriums Walter Priesnitz und auch Claus Duisberg aus dem Kanzleramt. Nach einer einführenden Erklärung meinerseits trug Vogel das Angebot der DDR zur Lösung des Problems vor: Denjenigen, die die Vertretung freiwillig verließen, könne er Straffreiheit und eine umfassende anwaltliche Beratung und Unterstützung in ihrer Ausreisefache zusichern. Er sei bereit, für alle das Hauptmandat zu übernehmen. Für jeden einzelnen werde darüber hinaus in seinem Heimatbezirk ein weiterer Anwalt tätig. Entsprechende Gespräche seien mit diesen Anwälten bereits geführt worden. Er und Rechtsanwalt Gysi garantierten die Umsetzung dieser Zusage.

Vogel betonte dann nachdrücklich, dass es im laufenden Jahr bereits über 60.000 legale Übersiedlungen gegeben habe und dass es bei den Hauptmandaten, die er übernommen habe, noch nie eine negative Entscheidung gegeben habe.

Nach der Beantwortung einiger Fragen und der Zusicherung durch Vogel, dass die meisten an ihre Arbeitsplätze zurückkehren könnten, warb Priesnitz für Vertrauen in die Erklärungen Vogels und schloss mit dem Satz: „Wer Ohren hat zu hören,

der höre“. Ich unterstrich, dass alle, bei denen diese Zusagen nicht eingehalten würden, sich jederzeit an mich wenden könnten. Ich hatte am Vortage, dem 7. September, in einem Gespräch mit dem amtierenden Abteilungsleiter im DDR-Außenministerium Hans Schindler dies als notwendig angekündigt.²⁸ Schindler bemerkte hierzu, er habe schon des Öfteren gesagt, dass die DDR nicht dabei sei, wenn ich mit den Zuflüchtigen spräche. Im übrigen, meinte er in bestem DDR-Amtsjargon, habe „nur mit Knirschen durchgestellt“ werden können, dass die Zuflüchtigen grundsätzlich an ihre Arbeitsplätze würden zurückkehren können.

Anschließend gab ich unseren Gästen Gelegenheit, unter sich über die Lage zu beraten. Schon zu diesem Zeitpunkt war ersichtlich, dass eine größere Zahl Vogels Angebot annehmen würde. Nach einer weiteren Frage- und Antwortrunde verließen schließlich am Nachmittag des 8. September alle Zuflüchtigen die Vertretung. Fast alle von ihnen konnten die DDR noch vor dem Fall der Mauer verlassen. Die Vertretung blieb für den Publikumsverkehr jedoch weiterhin geschlossen.

Wolfgang Vogel wurde später, und ich habe das bedauert, von einigen seiner Mandanten vorgeworfen, er habe sie getäuscht und sie insbesondere um ihr Grundvermögen gebracht, das sie vor ihrer Ausreise auf andere übertragen mussten. Überdies

habe er für die STASI gearbeitet. Dass er mit der STASI zusammengearbeitet hat, vielleicht sogar intern einen Rang hatte, war für mich immer selbstverständlich. Dass es in einem Staat wie der DDR nicht rechtsstaatlich zugeht, wenn jemand gegen den Willen der Oberen das Land verlassen wollte, musste bei uns jeder, der über die politische Klippschule hinausgewachsen war, wissen. Und alle, die von Vogel vertreten werden wollten, wollten ihn wegen seiner Stellung im Apparat der DDR. Ausreiseentscheidungen lagen nicht bei der Justiz oder den Behörden für Inneres, sondern bei der Staatssicherheit. Wer humanitäre Fälle an Vogel herantrug, musste wissen, dass dieser ein positives Ergebnis nur über die Staatssicherheit herbeiführen konnte. Natürlich ärgerten sich die, die kurz vor dem Fall der Mauer die Ausreiseerlaubnis erhielten und als Voraussetzung dafür ihren Grundbesitz in der DDR aufgeben mussten, und wollten ihr Hab und Gut zurück haben. Aber man kann nicht den Anwalt Vogel, der eine zwar wichtige Rolle spielte und dabei eben doch nur ein kleines Rädchen war, für das geschehene Unrecht verantwortlich machen. Die DDR war in vielen Bereichen ein Unrechtsregime, wofür andere und nicht Vogel die Verantwortung trugen.

Nur äußerlich kehrte Ruhe ein. Unsere Botschaften in Prag und Warschau blieben überfüllt und waren geschlossen, wobei die Lage in Prag von Tag zu Tag dramatischer wurde. Unsere Botschaft

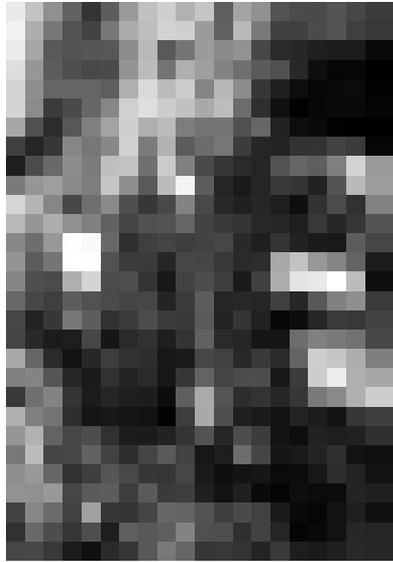


Abb. 10: Massen von DDR-Flüchtlingen im Innenhof des Palais Lobkowitz, dem Sitz der deutschen Botschaft in Prag (1. Juli 1989)

in Prag hat sich dabei hervorragend geschlagen. Dort waren in der Spitze bis zu 5000 Zuflüchtlinge zu versorgen. Der Botschafter Hermann Huber und seine Frau Jacqueline haben, zusammen mit ihren Mitarbeitern, über lange Wochen an der absoluten Grenze der physischen und auch der psychischen Belastbarkeit gearbeitet.

Zweimal im September war ich mit hochrangigen Beamten der Bundesregierung und den DDR-Anwälten Vogel und Gysi in Prag und einmal in Warschau gewesen, um mit den dortigen Zufluchtsuchenden ihre Lage zu erörtern. Die DDR strebte dort eine Lösung wie in Ost-Berlin an. Wir wollten dagegen erreichen, dass die Regierungen dieser Länder die Zuflüchtigen ins Bundesgebiet ausreisen ließen. Schließlich kam es Ende September zu der

von der DDR vorgeschlagenen „Sonderzuglösung“, wonach alle Prager und Warschauer Botenschaftsflüchtlinge in Sonderzügen der DDR über das Gebiet der DDR in das Bundesgebiet ausreisen durften. Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundesminister Rudolf Seiters, Chef des Bundeskanzleramtes, flogen mit einigen hochrangigen Beamten nach Prag, der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Jürgen Sudhoff und ich nach Warschau und begleiteten den ersten Sonderzug aus Warschau durch die DDR bis nach Helmstedt.²⁹ Meine Funktion an Bord des Zuges war, zu garantieren, dass alle im Zug Reisenden unbeschadet die DDR durchfahren könnten. Wer dabei war, wird die Hochspannung dieser Stunden nie vergessen.

Nur zwei Eindrücke von dieser Fahrt:

Als wir durch Frankfurt/Oder fuhren, kämpfte sich eine junge Frau durch den völlig überfüllten Zug zu mir durch und bat weinend, aussteigen zu dürfen. Wir seien soeben an ihrem Haus vorbeigefahren, wo sie ihren Mann zusammen mit zwei kleinen Kindern zurückgelassen habe. Ich war nicht in der Lage, den Zug sofort anhalten zu lassen, denn der Zug war von der DDR gestellt und ich hatte keine Verbindung zur Lokomotive. Ich konnte ihr jedoch zusichern, dass wir auf DDR-Gebiet noch einmal halten würden und ich würde dafür sorgen, dass sie sicher zu ihrer Familie zurückkehren könne. Eine halbe Stunde später kam sie dann

wieder und sagte, sie wolle doch an Bord bleiben. *Ein Regime, das seine Bürger in solche Konflikte trieb, hat nostalgische Erinnerungen nicht verdient.*

Und ein anderes Bild aus Frankfurt werde ich nie vergessen. Als der Zug nach einer rund zweistündigen Wartepause vor Frankfurt schließlich durch die Stadt fuhr, war es spät am Sonntag Vormittag und das Wetter war schön. Die Straßen waren jedoch wie leer gefegt und nur hinter halb geschlossenen Vorhängen konnte man Menschen sehen, die den Zug beobachteten. Ich fühlte mich an den klassischen Western „High Noon“ erinnert, wie sich die Dorfbewohner vor dem Shoot-out in ihre Häuser zurückzogen, um aus sicherer Distanz das Drama zu beobachten.

Als kurz vor Helmstedt, noch auf dem Gebiet der DDR, in einem kleinen Bahnhof, rund 20 Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR in den Zug kamen, um die DDR-Ausweise einzusammeln, erklärte ich dem Leiter dieser Gruppe, alle Reisenden dieses Zuges stünden unter meinem persönlichen Schutz. Auf seine Frage, woher ich die Legitimation für eine solche Erklärung auf dem Territorium der DDR nähme, antwortete ich ohne weitere Begründung, die Situation sei so, wie ich es gesagt hätte und es mache keinen Sinn, hierüber zu diskutieren. Zu meinem eigenen Erstaunen war die Sache damit erledigt. Er kam mit seinen Leuten an Bord und sammelte die Ausweise unserer Passagiere

re bei beiderseitigem eisigen Schweigen ein.

5. Der 4. November 1989: Mauerfall in Prag

Die Mauer fiel, wir alle haben das erlebt und im Fernsehen gesehen, am 9. November 1989, als das Politbüromitglied Günter Schabowski³⁰ eigentlich vor der Presse die neuen Personalentscheidungen des Zentralkomitees (ZK) der SED zu erläutern hatte und dann, als er zum Ende kam, noch den Zettel entdeckte, den ihm Egon Krenz beim Verlassen der ZK-Sitzung zugesteckt hatte. Ich weiß von Schabowski selbst, dass er den Zettel vorher nicht gelesen hatte. Routiniert wollte er sich der Aufgabe entledigen, eine Information der amtlichen DDR-Nachrichtenagentur ADN an die Journalisten weiterzugeben. Dass er Brisantes mitteilte, wurde ihm erst durch die Reaktion der Zuhörer klar. Er öffnete aus Versehen die Mauer und ging damit in die Geschichte ein. Nach seiner Pressekonferenz gab es kein Halten mehr: die Menschen stürmten die Übergänge nach West-Berlin.

Aber ist die Mauer tatsächlich an diesem 9. November gefallen oder gibt es nicht Daten und Ereignisse, die auf einen früheren Termin hinweisen? Entgegen dem Augenschein: die Mauer ist nicht auf einen Schlag gefallen. Der 9. November war der Abschluss eines Prozesses und der *mediale* Höhepunkt. *In ihrem We-*

sens kern aber fiel die Mauer nicht am 9. November und nicht in Berlin, sie fiel am 4. November und sie fiel in Prag.

Um diese Behauptung zu belegen, will ich die beiden Hauptlinien, die zu ihrem Fall führten, so unterschiedlich sie auch waren, vor Augen führen.

Die DDR baute 1961 die Mauer, um den damaligen Massenexodus zu stoppen. Und die Mauer erfüllte genau diesen ihren Zweck bis in die ersten Novembertage des Jahres 1989. Viele wollten weg aus der DDR. Es gab Schätzungen, die über einer Million lagen. Zwar erlaubte die DDR in den letzten Jahren ihres Bestehens Zehntausenden ihrer Bürger jährlich die Ausreise in den Westen, aber noch weit mehr wollten das Land verlassen. Einzelne versuchten die Ausreise durch Zufluchtsuche in unseren Botschaften in Prag, Budapest und Warschau oder in der STAEV zu erzwingen. Die Mauer selbst war fast unüberwindbar. Wer es dennoch versuchte, riskierte sein Leben - wie als Letzter Chris Gu-effroy³¹ im Februar 1989.

Im Sommer 1989 erreichte der Ausreisedruck einen dramatischen Höhepunkt, als *Ungarn* nach einigem Hin und Her DDR-Urlauber zu Zehntausenden direkt in den Westen ausreisen ließ. Der „Treuebruch“ der Ungarn, die sich nicht mehr an die Blockdisziplin hielten, war für die DDR in höchster Weise unangenehm, da mit einem Schlag der Welt gezeigt wurde, wie unzufrieden die DDR-Bürger mit ihrem Staat wa-

ren. Aber Ungarn war für die DDR noch nicht existenzbedrohend. Ungarn hatte zwar eine Grenze mit dem Westen, nicht aber mit der DDR. Solange das Transitland ČSSR bei der Stange blieb, konnte dieser Weg in Zukunft wieder geschlossen werden. Und die ČSSR blieb im Sommer 1989 bei der Stange – der Weg über Ungarn wurde geschlossen.

Das zweite Land, das für die DDR kritisch war, war *Polen*. Polen hatte zwar eine direkte Grenze mit der DDR, aber nicht mit einem westlichen Land. Zudem durften DDR-Bürger nicht einfach nach Polen ausreisen, sie brauchten dafür eine Erlaubnis. Und zur Not konnte die Grenze nach Polen an den Flüssen Oder und Neiße auch kontrolliert werden, wenn auch nur unvollständig und mit großer Mühe. Ich habe das in den kritischen Tagen des Herbstes 1989 selbst getestet. Noch im Frühjahr 1989 hatten meine Frau und ich bei einem Ausflug nach Bad Muskau im ehemals fürstlichen Park uns direkt an der Neiße im Schatten einer großen Buche zum Picknick niedergelassen, mit vielleicht einem Meter Abstand zur polnischen Grenze, die am Westufer des Flusses verlief. Alles war friedlich. Als wir das Gleiche im Herbst wiederholen wollten, lösten sich zwei mit Maschinepistolen bewaffnete DDR-Volkspolizisten („VOPOS“) aus dem Schatten des Baumes, gingen mit angeschlagener Waffe auf uns zu und forderten uns barsch auf, das Grenzgebiet sofort zu verlassen. Und als wir dann entlang der

Grenze am Neiße-Ufer das kleine Sträßchen nach Görlitz weiterfahren, begegneten wir einer DDR-Streife nach der anderen, was früher nie der Fall war. Die DDR versuchte also, ihre Grenze zu Polen zu sichern. Aber auch Ausreisen über Polen konnten die DDR nicht existenziell gefährden.

Anders verhielt es sich mit der *Tschechoslowakei*. Sie war das einzige Land, in das DDR-Bürger ohne staatliche Erlaubnis fahren durften. Die Grenze zur ČSSR war nicht gesichert und nicht kontrollierbar, zumindest nicht in kurzer Zeit. Da die ČSSR direkt an die Bundesrepublik angrenzte, war es für die DDR lebenswichtig, dass die ČSSR nicht dem Beispiel Ungarns folgte. Und da in der ČSSR, ebenso wie in der DDR, im Herbst 1989 die letzten Hardliner des Ostblocks herrschten (Parteichef Jakesch³²), schien dieser Weg in den Westen auch zuverlässig versperrt.

Nachdem unsere Prager Botschaft im September von Tausenden DDR-Bürgern aufgesucht wurde, die in der Botschaft Zuflucht suchten, und die schließlich in Sonderzügen durch die DDR ins Bundesgebiet ausreisen durften – wir erinnern uns an die schon historisch gewordene Szene, als Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Anwesenheit von Kanzleramtschef Rudolf Seiters vom Balkon der Prager Botschaft am Abend des 30. September den Zuflüchtigen die bevorstehende Ausreise ankündigte –, schränkte die DDR auch diese einzige Reisefreiheit ihrer Bürger

ins Ausland ein. Ab dem 4. Oktober setzte die DDR „zeitweilig den pass- und visafreien Verkehr zwischen der DDR und der ČSSR für die Bürger der DDR mit sofortiger Wirkung“ aus.³³ Nur noch Rentner und Invaliden, so zynisch war das DDR-Regime, durften weiterhin erlaubnisfrei in die ČSSR reisen. Auf sie konnte die DDR ohne Schaden verzichten. Aber schon Anfang November nahm die DDR diese Einschränkung zurück, da sie nicht durchzusetzen war.

Und hier sind wir bei der *ersten Kausalreihe*, die zum Fall der Mauer führte. Als der Weg in die ČSSR wieder frei war, nutzten sofort Tausende DDR-Bürger diese Reismöglichkeit, fuhren nach Prag und suchten Zuflucht in unserer Botschaft, die sofort wieder ihre Zelte und Feldküchen in Betrieb nehmen musste. Aber: nur ein paar Tage später war der Weg in den Westen auch ohne Zuflucht in der Botschaft offen.

Am Freitag Nachmittag, dem 3. November 1989, hatte Egon Krenz in seiner Eigenschaft als neues Staatsoberhaupt der DDR³⁴ die in der DDR akkreditierten Botschafter, zu denen auch ich zählte, um 15.00 Uhr zu einem Empfang eingeladen. Als ich zur Gratulation an der Reihe war, nutzte ich die vom DDR-Protokoll vorgesehenen 20 Sekunden nicht nur für einen Glückwunsch, sondern auch um ihm zu sagen, er müsse sofort in Prag eingreifen, um eine unmittelbar bevorstehende Katastrophe in unserer völlig überfüllten Botschaft zu verhindern. In den letzten drei Stunden hät-

ten 2000 DDR-Bürger in unserer Vertretung Zuflucht gesucht. Die Lage könne schnell völlig außer Kontrolle geraten. Eine Katastrophe könne nur noch dadurch abgewandt werden, dass die DDR möglichst schnell der Regierung der ČSSR erkläre, sie stimme einer direkten Ausreise der Botschaftsflüchtlinge über die tschechoslowakische Grenze nach Bayern zu. Dann zogen mich die Protokollbeamten, die nicht hören konnten, was ich gesagt hatte, weg, weil ich die vorgesehene Zeit überzogen hatte.

Im anschließenden Empfang sprach Krenz gemäß der Landessitte zunächst mit dem sowjetischen Botschafter Wjatschew I. *Kotschemassow* und ich wurde, entgegen der Landessitte, bereits als Zweiter mit einem Gespräch ausgezeichnet, zu dem Krenz auch noch Außenminister Oskar *Fischer* und dessen Staatssekretär Herbert *Krolikowski* zuzog. Krenz fragte mich etwas ungehalten, was es so Dringendes gebe, dass ich die Gratulationscour damit gestört hätte. Ich wiederholte das, was ich ihm schon gesagt hatte. Krenz fragte daraufhin Fischer, was denn los sei, und dieser antwortete, er habe alles unter Kontrolle und er habe „heute morgen vier zusätzliche Kräfte nach Prag delegiert“, die dort direkt Ausreisearträge bearbeiten könnten. Auf meinen Einwand, dies sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da nach unserer Kenntnis ein Mitarbeiter täglich höchstens 70 Ausreisegesuche bearbeiten könne, vier

mithin knapp 300, und wir hätten Tausende Zuflüchtige in der Botschaft, beendete Krenz diesen Teil des Gesprächs mit der Zusage, er werde die Sache sofort prüfen. Abschließend wies ich Krenz, Fischer und Krolikowski darauf hin, dass ich in der kommenden Woche, also zwischen dem 6. und dem 10. November, die Ständige Vertretung nach Abschluss der Bauarbeiten wieder für den Publikumsverkehr öffnen würde. Die DDR möge sich darauf einstellen, damit die mit Sicherheit zu erwartenden Zufluchtsfälle sofort gelöst werden könnten.

Anschließend forderte ich den Botschafter der ČSSR Frantisek Langer, zu dem ich ein gutes persönliches Verhältnis hatte, auf, bei Krenz in entsprechender Weise vorstellig zu werden. Die DDR gewähre ihren Bürgern großzügig Reisefreiheit in sein Land und lasse die ČSSR an ihrer Außengrenze zu uns die Drecksarbeit machen. Das könne sein Land doch nicht akzeptieren. Mein guter Kollege Frantisek versprach mir, sofort zu Krenz zu gehen, was er auch tat. Ich wusste damals noch nicht, dass man in Prag genau aus diesem Grunde über die DDR sehr verärgert war. Meine Aufforderung fiel daher auf fruchtbaren Boden.

Rund drei Stunden später, gegen 19.00 Uhr, rief mich der „Abteilungsleiter BRD“ im DDR-Außenministerium Karl Seidel an und teilte mir mit, die DDR-Regierung habe der Regierung der ČSSR soeben mitgeteilt, sie sei einverstanden, dass die Botschaftsflüchtlinge in Prag direkt ins Bundesgebiet

ausreisen könnten. Da am Freitag Abend keine Mitarbeiter mehr im Büro waren, rief ich Claus Duisberg im Bundeskanzleramt an, der sofort seinen Vorgesetzten Bundesminister Rudolf Seiters unterrichtete, und noch am Abend des 3. November informierte der damalige Regierungssprecher Hans („Johnny“) Klein die Medien.

Ich hatte damals keine Zeit, Presseausschnitte zu sammeln, aber Freunde aus Bonn schickten mir wenige Tage später die Titelseite des Bonner Generalanzeigers vom 4/5. November, wo mein Gespräch mit Egon Krenz im Bild festgehalten ist. Und ebenfalls auf Seite 1 des Generalanzeigers war unter der Überschrift „Alle Flüchtlinge in der Prager Botschaft dürfen ausreisen“ Folgendes zu lesen:

„Mit dieser überraschenden Entscheidung bot die DDR-Regierung gestern Abend eine rasche und unbürokratische Lösung der sich während des Tages dramatisch zuspitzenden Situation an. [...]

Wie Regierungssprecher Hans Klein am Abend in Bonn mitteilte, war der Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters, kurz vor 20.00 Uhr von Ost-Berlin darüber unterrichtet worden, dass die DDR allen Zufluchtsuchenden in der Vertretung ‚die Ausreise auf direktem Weg gestattet.‘ Das DDR-Außenministerium habe dem Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, Franz Bertele, erklärt, ‚dass die Ausreisemodalitäten, also

die Frage der Transportmittel zwischen der Bundesrepublik und der Regierung der DDR unmittelbar vereinbart werden können.“

Ich füge gleich hinzu, dass am Nachmittag des gleichen Tages New Yorker Zeit die Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Eduard Schewardnadse die explosive Lage in der Botschaft Prag erörterten. Aber allein in Anbetracht des Zeitunterschiedes konnte dieses Gespräch für diese Entscheidung der DDR-Führung keine Rolle spielen. Mir hat jedenfalls Egon Krenz zugesagt, die Lage in Prag sofort nach Ende des Empfangs zu prüfen, und nur wenige Stunden später wurde ich telephonisch über die Entscheidung der DDR unterrichtet.

Die in Prag entstandene Lage zwang die DDR-Führung zu weiteren Konzessionen. Die DDR-Regierung stimmte gegenüber der Prager Regierung schon tags darauf, also am 4. November, zu, dass DDR-Bürger, die sich in der ČSSR aufhielten, direkt von dort in das Bundesgebiet ausreisen konnten, ohne zuvor in unserer Prager Botschaft Zuflucht suchen zu müssen. Und für diese noch weit folgeschwerere Entscheidung, an der auch Moskau beteiligt war, war das New Yorker Gespräch Genscher - Schewardnadse von Bedeutung.

Die DDR-Bürger erkannten die neue Lage sofort: Vom 4. bis 6. November reisten über 20 000 von ihnen über die ČSSR ins Bundesgebiet. Die nötigen Informa-

tionen kamen über Rundfunk und Fernsehen. Sogar das „Neue Deutschland“ berichtete über diesen Ausreisestrom in seiner Ausgabe vom 7. November.

Unsere Botschaft in Prag richtete am 4. November im Prager Hauptbahnhof ein Büro ein, in dem Ankömmlinge aus der DDR direkt mit Fahrkarten ins Bundesgebiet versehen wurden. Wer beispielsweise in Leipzig ein Ticket nach Prag gelöst hatte und ins Bundesgebiet weiterfahren wollte, musste nicht mehr in die Botschaft gehen. Er bekam sein Billet für die Weiterreise am Bahnsteig von einem Mitarbeiter der Botschaft.

In Prag vertraten DDR-Diplomaten die Ansicht, die direkte Ausreise über die ČSSR in den Westen werde wieder beendet werden, sobald das geplante Ausreisegesetz der DDR verabschiedet sei.

Am Dienstag, dem 7. November 1989, übergab DDR-Außenminister Oskar Fischer Egon Krenz ein Schreiben mit einer anliegenden Information. Die Information und mögliche Maßnahmen seien mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und dem Ministerium des Innern (Mdi) der DDR abgestimmt.

Die Information bestand aus zwei Teilen, einem mit Fakten über die Ausreisezahlen über die ČSSR und einem weiteren Teil über mögliche Maßnahmen. Hinsichtlich der entstandenen Lage war zu lesen:

„1. Am vergangenen Wochenende sind über die ČSSR in

die BRD 21.367 Personen ohne jede Formalitäten ausgereist. Am Montag, dem 6.11., betrug die Zahl 8.753. Heute Nacht war wiederum ein Zugang von 3.230 zu verzeichnen.

2. Durch die Entscheidung zur direkten Ausreise über die ČSSR ohne jegliche Formalitäten ist eine neue Situation entstanden, die eine Rückkehr in vorherige Praktiken und Anwendung einschränkender Maßnahmen nicht empfehlen lässt. Die Fragestellung der tschechoslowakischen Genossen ist berechtigt, warum die DDR keine Möglichkeiten zur direkten Ausreise in die BRD schafft, wenn sie in der ČSSR auf alle Formalitäten wie Kontrollen, Registration, Ausgabe von Dokumenten usw. verzichtet.“³⁵

Auf den zweiten und noch brisanteren Teil der Information werde ich noch zurückkommen.

Wir halten zunächst einmal fest: Bis zum Abend des 3. November war für DDR-Bürger der Weg in den Westen versperrt; ab dem 3. November abends konnten die Zuflüchtigen in der Botschaft Prag ausreisen und ab dem folgenden Tag, dem 4. November, alle DDR-Deutschen, die den genehmigungsfreien Ausreiseweg über die ČSSR nahmen.

6. Die Wiedereröffnung der STAEV

Eine zweite *Kausalreihe*, die von der schieren Größe her nicht mit

dem ČSSR-Problem vergleichbar war, hatte jedoch eine ähnliche politische Brisanz und hing direkt mit der *Ständigen Vertretung* zusammen:

Nachdem unsere „Gäste“ uns am 8. September verlassen hatten, blieb die Ständige Vertretung für den Publikumsverkehr geschlossen. Dies beeinträchtigte unsere Arbeitsfähigkeit kaum, da wir keine konsularischen Aufgaben hatten. Gesprächspartner unserer Arbeitseinheiten konnten individuell ins Haus gebracht werden.

Einen Monat lang über 100 Menschen auf engstem Raum beherbergt zu haben, hatte in unseren Räumlichkeiten sichtbare Spuren hinterlassen, die zunächst einmal beseitigt werden mussten. Allen Beteiligten war aber auch klar, dass sich die Vertretung innerhalb kürzester Zeit wieder zum Überlaufen füllen würde, wenn wir sie ohne Änderung der bestehenden Verhältnisse einfach wieder öffnen würden. Und da unsere Funktionsfähigkeit auch bei der Schließung für den Publikumsverkehr nicht eingeschränkt war, nahmen wir die Reparaturmaßnahmen zügig aber ohne Termindruck in Angriff. Die DDR sollte das Mindestmaß an Zeit haben, das sie für die notwendigen Veränderungen benötigte. Selbstverständlich war für uns dabei, dass wir mit der DDR nicht über die Wiedereröffnung der Vertretung verhandelten. Dieser Termin war allein unsere Entscheidung.

In Gesprächen, die ich im Oktober und Anfang November mit dem amtierenden Abteilungsleiter der

„Abteilung BRD“ im DDR-Außenministerium in Ost-Berlin Hans *Schindler* hatte, unterrichtete ich diesen über den Stand unserer Reparaturarbeiten. Ich kündigte bei den Gesprächen Ende Oktober an, dass wir die Vertretung voraussichtlich in der ersten Novemberhälfte wieder für das Publikum öffnen würden. Und ich ließ bei all diesen Gesprächen keinen Zweifel daran, dass wir sie dann wahrscheinlich nach einigen Minuten wieder wegen Überfüllung schließen müssten, falls die DDR ihr Ausreiseregime nicht grundlegend ändere.

Schindler hatte zu Beginn dieser Gespräche verlangt, wir müssten in Zukunft die rechtswidrigen Botschaftsbesetzungen verhindern. Es sei unsere völkerrechtliche Pflicht, rechtswidrige „Botschaftsbesetzer“ notfalls mit Gewalt aus unserem Gebäude zu entfernen. Falls wir dies nicht tun sollten, würde die DDR den Zugang zu unserem Gebäude so kontrollieren, dass „Botschaftsbesetzer“ nicht mehr in die Vertretung gelangen könnten. Ich hatte darauf mit großem Nachdruck erklärt, dass diese Vorstellungen für uns völlig inakzeptabel seien. Wir würden auch in Zukunft keinen Zufluchtsuchenden mit Gewalt aus der Vertretung weisen, und der freie, unkontrollierte Zugang sei Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit unserer Vertretung und damit unverhandelbar. Die Lösung könne nur darin liegen, dass die DDR ihr Ausreiserecht ändere und diejenigen, die das Land wirklich

verlassen wollten, auch gehen ließe.

Bei einem Gespräch am 7. November habe ich *Schindler* dann gesagt, ich würde die Vertretung am kommenden Montag, dem 13. November, wieder öffnen. Was sollten wir Zuflüchtigen sagen, die dann in der Vertretung bleiben wollten? Schindler erklärte mir dann zu meiner großen Überraschung, die DDR sei bereit, in Zukunft die Menschen, die die DDR verlassen wollten, auch tatsächlich gehen zu lassen. Ich fragte erst einmal nach, ob ich ihn richtig verstanden hätte, denn seine Erklärung war in des Wortes ursprünglicher Bedeutung bis dahin unerhört. Und Schindler sagte weiter, die Ständige Vertretung der DDR in Bonn habe dem Bundeskanzleramt bereits am Vortage mitgeteilt, die DDR werde, um Zufluchtsfälle zu vermeiden, die Teile des geplanten Reisegesetzes, die die ständige Ausreise betrafen, aus dem erst in einigen Monaten verabschiedungsreifen Reisegesetz herauslösen und vorab in Kraft setzen. Mir sicherte Schindler also am 7. November zu, Zufluchtsfälle seien in Zukunft kein Problem mehr, da die DDR sich entschieden habe, alle, die das Land für immer verlassen wollten, auch gehen zu lassen.³⁶

7. Der 9. November 1989

Schließlich führte eine *dritte Kausalreihe*, nämlich die Behandlung des Ausreiseproblems im Partei-

und Staatsapparat der DDR, unmittelbar zum Fall der Mauer.

Nach dem Sturz Honeckers am 18. Oktober 1989 hatte das von Egon Krenz geleitete Politbüro am 24. Oktober „Grundsätze für die Erweiterung der Reisemöglichkeiten für Bürger der DDR“³⁷ beschlossen, die an den Ministerrat mit dem Auftrag weitergeleitet worden waren, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der noch im laufenden Jahr von der Volkskammer beschlossen werden könne. In diesen Grundsätzen hieß es, jeder DDR-Bürger solle das Recht auf die Ausstellung eines Reisepasses erhalten, mit dem er - nach Ausstellung eines Visums - ohne das Vorliegen verwandtschaftlicher Verhältnisse oder bisher geforderter Reisegründe nach allen Staaten und auch nach Berlin-West reisen dürfte.

Mit Beschluss vom 31. Oktober bestätigte dann das Politbüro einen ersten Gesetzentwurf des Ministerrates. Reisen im Sinne dieses Entwurfs waren Dienst- und Privatreisen sowie ständige Ausreisen (§ 1). Im Paragraph 2 dieses Entwurfs hieß es, die Bürger der DDR hätten das Recht, in das Ausland zu reisen. Für Auslandsreisen seien ein Pass und eine darin eingetragene Genehmigung - Visum - erforderlich (§ 4). Paragraph 6 enthielt eine ganze Reihe von Versagungsgründen, darunter Generalklauseln wie die „nationale Sicherheit“.³⁸

Das Politbüro „empfahl“ dem Ministerrat, am 2. November den Gesetzentwurf zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Über Ver-

lauf und Ergebnisse der Diskussion sollte der Ministerrat dem Politbüro am 5. Dezember eine Information vorlegen. Das öffentliche Echo auf den Entwurf war verheerend, und sogar Gregor Gysi äußerte harte Kritik an dem vorgesehenen Ausreisevisum.

Sofort war klar, dass das Gesetzesvorhaben nicht routinemäßig abzuwickeln war. Dazu kam, dass die zuständigen Entscheidungsgremien der DDR, nämlich Politbüro und Ministerrat, durch Rücktritte nur noch eingeschränkt funktionsfähig waren.

Im Außenministerium der DDR hatte man erkannt, dass eine schnelle Lösung der Probleme mit der ČSSR gefunden werden musste. Die Genossen in Prag drängten auf eine Lösung. Unterhalb der Ebene Politbüro und Ministerrat wurde der Vorschlag erarbeitet, der den zweiten Teil der Information bildet, den Außenminister Oskar Fischer am 7. November an Egon Krenz übergab, und der (nur) mit dem Ministerium für Staatssicherheit und dem Innenministerium der DDR abgestimmt war. Er hatte folgenden Wortlaut:

„3. Angesichts möglicher weiterer Eskalation der Ausreisen über Prag und zu erwartender Forderungen der Führung der ČSSR nach Lösung des Problems sowie der relativ langen Anlaufzeit bis zum Inkrafttreten des Reisegesetzes wird vorgeschlagen, eine *zeitweilige Übergangsregelung zur direkten Ausreise* in die BRD sofort in Kraft zu setzen:

- Die zuständigen Abteilungen Pass- und Meldewesen der VPKÄ [Volkspolizeikreisämter] in der DDR sind angewiesen, Visa zur *ständigen Ausreise* unverzüglich zu erteilen, ohne dass dafür noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen.
 - *Ständige Ausreisen* können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin (West) erfolgen.
 - *Damit entfällt die vorübergehend ermöglichte Erteilung von entsprechenden Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten.*
4. *Diese Regelung wird heute um 19.00 über alle Massenmedien verbreitet.*
5. Die Regierungen der ČSSR, der VR [Volksrepublik] Polen und der Republik Ungarn sind vor der Veröffentlichung zu informieren.“³⁹

Es ist schon beachtlich, dass Oskar Fischer eine so weit reichende Entscheidung Krenz sozusagen auf eigene Kappe vorschlug. Und die Geschichte wäre anders verlaufen, wenn Egon Krenz bei seiner ersten Entscheidung geblieben wäre. Er schrieb nämlich „Einverstanden“ auf das Papier. Dann kamen ihm wohl Bedenken, er strich das „Einverstanden“ durch und machte das, was hochrangige Entscheidungsträger auch anderswo gerne machen,

wenn sie unsicher sind. Er entschloss sich zu einer klassischen „Schiebeverfügung“ und schrieb auf das Papier: „Bitte wie im P[olit]B[üro] beschlossen, verfahren“. Und da hierzu im Politbüro nichts beschlossen war, hatte diese Entscheidung von Krenz die Folge, dass an diesem 7. November nichts mehr passierte.

Man kann nur spekulieren, was geschehen wäre, wenn Krenz bei seinem „Einverstanden“ geblieben wäre. Dann hätte die amtliche Nachrichtenagentur ADN um 19.00 Uhr die Nachricht über alle Massenmedien verbreitet, dass ab sofort eine *zeitweilige Übergangsregelung für ständige Ausreisen* in die BRD gelte. Die zuständigen Behörden seien angewiesen, *Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich* zu erteilen. Die Ausreisen könnten über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin (West) erfolgen.

Meine Einschätzung ist: an diesem Abend wäre *nichts mehr passiert*. Diejenigen, die die DDR unbedingt verlassen wollten, hätten auch weiterhin den bereits offenen und allgemein bekannten Weg über die ČSSR gewählt. Die noch Unentschlossenen hätten sofort zu den Behörden für Inneres gelaufen und hätten ein Ausreisevisum beantragt. Und sie wären auch nicht zu den Mauerübergängen geströmt, da es dazu überhaupt keine Veranlassung gegeben hätte. Wäre Krenz bei seinem „Einverstanden“ geblieben, wäre die Mauer an diesem Abend

mit Sicherheit nicht gefallen, und auch nicht am 9. November, denn dann hätte sich *Schabowski* in seiner Pressekonferenz auf die Personalentscheidungen des ZK der SED beschränken können, wie es ja ursprünglich geplant war.

Nachdem am 7. November also nichts geschehen war, schrieb Oskar *Fischer* am 8. November⁴⁰ erneut an Krenz und teilte ihm mit, der DDR-Botschafter in Prag habe den Genossen *Lenart*⁴¹ vom Präsidium der KP der ČSSR über die „beabsichtigten Maßnahmen der DDR im Zusammenhang mit der Ausreise von DDR-Bürgern in die BRD“ informiert. Lenart habe sich bedankt und erklärt, die beabsichtigte vorzeitige Inkraftsetzung der Regelungen für die ständige Ausreise würde eine Entlastung für die ČSSR bedeuten. Weiter teilte Fischer Krenz in dem Schreiben mit: „Unsere Ständige Vertretung in Bonn wurde beauftragt, die Regierung der BRD über die Absicht der DDR zu informieren, den Teil des Reisegesetzes, der die ständigen Ausreisen betrifft, vorzuziehen.“

Welche Abläufe haben dazu geführt, dass ohne Politbüro und Ministerrat wesentliche und zum Teil von bereits ergangenen Politbüroentscheidungen abweichende Entscheidungsvorschläge an Krenz herangetragen und zum Teil bereits nach außen bekannt gegeben wurden? Es ist doch beachtlich, dass das Außenministerium zwei Missionschefs, nämlich den Botschafter in Prag und den Ständigen Vertreter in Bonn, beauftragte, das Gastland über Ent-

scheidungen zu unterrichten, die auf der zuständigen politischen Ebene so noch gar nicht getroffen worden waren!

Die DDR funktionierte in diesen Tagen nur noch auf der Ebene der staatlichen Bürokratie einigermaßen zuverlässig. Ministerrat und Politbüro waren im fliegenden Wechsel und nicht voll funktionsfähig. So kam es, dass auf mehreren Ebenen an verschiedenen Versionen des geplanten Ausreisegesetzes gearbeitet wurde.

Ursprünglich sollte das Reisegesetz sowohl *Besuchsreisen* wie auch *ständige Ausreisen* umfassen. Durch den Ausreisepressure über die ČSSR und die bevorstehende Öffnung der Ständigen Vertretung (Egon Krenz stöhnte nach den Protokollen⁴² des ZK-Plenums, dass die angekündigte Wiedereröffnung der STAEV ihn erneut „vor diese[s] Problem“ stelle) wurde die DDR gezwungen, sofort das Problem der *ständigen* Ausreise in Angriff zu nehmen. So stand es dann ja auch in der Information von Fischer für Krenz vom 7. November.

Viele DDR-Bürger wollten weg, aber noch viel mehr wollten bleiben und die DDR verändern. Das waren mehr als 90 Prozent und die Ausreisewilligen waren bei der Mehrheit nicht überall populär. Und so regte sich im Apparat Widerspruch gegen die Bevorzugung derer, die auf Dauer gehen wollten, gegenüber denen, die nur zu Besuch ins Ausland reisen wollten. Zu denen, die besuchsweise ins Ausland fahren und dann wieder zurückkom-

men wollten, gehörten sicherlich mehrheitlich auch die Funktionäre, die an der neuen Ausreiseregulation arbeiteten.

So entstand eine neue *dritte Variante*, nämlich eine *sofort in Kraft zu setzende* aber *nur vorläufig gültige* Regelung *aller Reisefragen*, die unter dem Titel „Zeitweilige Übergangsregelung für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR“⁴³ am 9. November morgens im Ministerrat der DDR in Umlauf gesetzt wurde (Stellungnahmen waren bis 18.00 Uhr am gleichen Tag abzugeben). Diese Variante war im Fischer'schen Schreiben an Krenz vom 8. November noch nicht enthalten, sie ist in der Nacht vom 8. zum 9. November entstanden, nach meinen Informationen im Innenministerium der DDR.

Zu den im Ministerrat umlaufenden Papieren gehörte auch der Text, den die *Nachrichtenagentur ADN* zu diesem Complex am 10. November veröffentlichen sollte. Diese vorformulierte Pressemitteilung drückte Krenz *Schabowski* in die Hand, als dieser die Sitzung des Zentralkomitees (ZK) der SED am Abend des 9. November verließ, um die Presse über die Personalentscheidungen der ZK-Sitzung zu unterrichten.

Der ganze Vorgang war auf Politbüro-Ebene (das Politbüro war erst am Vortag zurückgetreten und dann mit vielen personellen Veränderungen neu gewählt worden) nicht abgesegnet worden. Die Verantwortung für die öffentliche Bekanntgabe lag bei Krenz, der wohl der

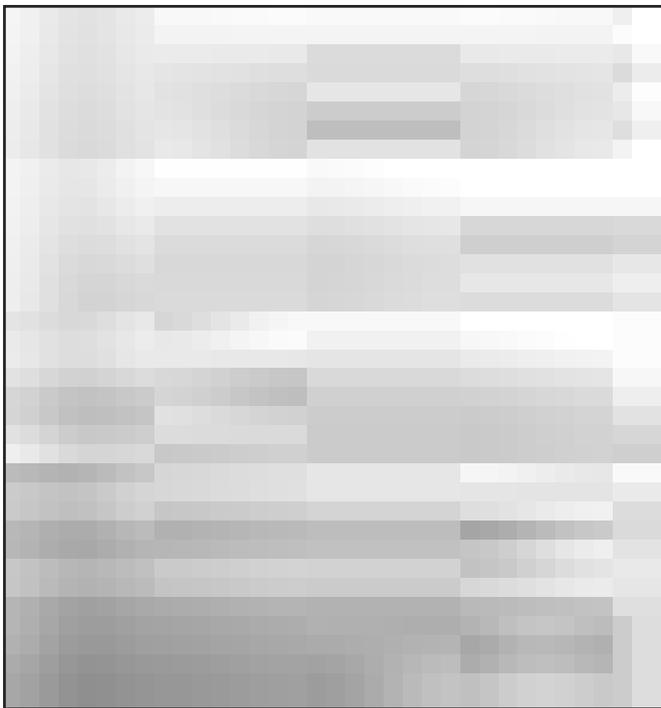


Abb. 11: Maueröffnung „aus Versehen“: Schabowskis Redezettel für die Pressekonferenz am 9. November 1989

Ansicht war, dass er eine Entscheidung über eine „*Zeitweilige Übergangslösung für Reisen und ständige Ausreisen*“ verantworten könne.

Und das war nun natürlich ein anderes Szenario als zwei Tage vorher. Es war nicht die bloße Veröffentlichung einer ADN-Meldung, sondern Schabowski, prominentes Mitglied des Politbüro, trug live in einer vom Fernsehen übertragenen Pressekonferenz vor. Er verkündet, wie es scheint, eine zweitrangige Nachricht, die von den Journalisten mit ungläubigem Staunen aufgenommen wird. Als auch er die Brisanz be-

merkt, wird er unsicher, kramt bei jeder Frage in seinen Papieren. Auf die Frage, ob die angekündigten ständigen Ausreisen auch nach West-Berlin erfolgen können, folgt ein Blick auf den Sprechzettel: ja. Ab wann? Ein weiterer Blick: ab sofort! In der Hektik übersah er, dass Privatreisen auch weiterhin einer staatlichen Genehmigung bedurften und dass für die ständige Ausreise ein Visum erforderlich war. Dagegen kannte er die Sperrfrist für die Bekanntgabe, 10. November, nicht. Denn diese war auf dem Sprechzettel nicht vermerkt, sondern nur in dem zugrunde liegenden Beschlussvorschlag für den Ministerrat, den aber Schabowski nicht erhalten hatte.

Die DDR-Grenzer an den Übergängen nach West-Berlin hatten in ihren Diensträumen Geräte, mit denen sie die Pressekonferenz verfolgen konnten. Eine solche Erklärung des großen Schabowski, er war prominentes Mitglied des Politbüros und Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, war über jeden Zweifel erhaben. Und auch die Ost-Berliner, die auf ein bloßes ADN-Kommuniqué nie zur Mauer gelaufen wären, kamen nun in Scharen, denn auch für sie hatte natürlich eine Erklärung Schabowskis ein ganz anderes Gewicht als eine ADN-Erklärung. – Wie dem auch sei, *Schabowski* öffnete die Mauer *aus Versehen* und ging damit in die Geschichte ein. Er brachte für die Weltöffentlichkeit die Mauer zu Fall.

Dass die Mauer an diesem Tage auf diese Weise fallen würde, hatte niemand vorausgesehen. Bundeskanzler *Kohl* wäre sonst nicht zu einem offiziellen Besuch nach Warschau gefahren.

Und auch Egon *Krenz* selbst war überrascht. Am frühen Nachmittag des 9. November war ich mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes *Rau* über eine Stunde bei *Krenz* gewesen. *Rau* besuchte die DDR für eine umfassende Präsentation des Landes Nordrhein-Westfalen im Bezirk Leipzig. Hätte *Krenz* eine Ahnung gehabt, was an diesem Tag noch passieren würde, hätte er das sicherlich angedeutet. Er hätte, dafür kenne ich ihn gut genug, die Tinte nicht halten können. Es bleibt dabei: die Mauer wurde von *Schabowski* aus Versehen geöffnet.

Richtig ist allerdings auch, dass die Mauer seit dem 4. November ihren Sinn verloren hatte und dass ihr Ende in Sicht war. Was ist eine Talsperre wert, wenn die aufgestauten Wasser an einer Seite abfließen können? Und es war nicht nur ein Rinnsal, sondern ein gewaltiger Strom, der um die Mauer herumfloss. Wir alle waren Zeuge, haben die Elemente gesehen und waren uns doch der Monumentalität des Vorgangs nicht bewusst.

Es stand sogar in der Zeitung: Ich habe den Artikel des Prager FAZ-Korrespondenten Viktor *Meier*, den er unter dem Datum vom 7. November schrieb und der in der Ausgabe des Blattes am 8. November erschien, erst später

gelesen. Viktor Meier schrieb in einem Artikel mit der Überschrift „Die Zelte im Garten sind leer – in der Prager Botschaft wird aufgeräumt“ über die Lage in der Prager Botschaft. Und gegen Ende des Artikels heißt es beiläufig:

„Mit der von der DDR hingenommenen freien Durchfahrtsmöglichkeit durch die ČSSR existieren sowohl die Berliner Mauer wie die befestigte Westgrenze der DDR politisch nur noch bedingt. Man braucht diese Hindernisse jetzt nur zu umfahren.“

So stand es, wörtlich und völlig korrekt, in der FAZ vom 8. November 1989.

Die Mauer fiel als Monument am 9. November in Berlin, als unüberwindliche Sperre für die Ausreise aber schon am 4. November in Prag. Sie fiel, weil zu viele Menschen die DDR verlassen wollten und die DDR-Führung nicht bereit und wohl auch nicht mehr in der Lage war, den Ausreisedruck mit brutaler Gewalt zu unterdrücken. Die deutsche Einheit kam dann wenig später, weil die überwältigende Mehrheit der DDR-Bevölkerung bleiben und in einem vereinigten Deutschland und nicht im separaten Staat DDR leben wollte.

Und nur noch als *Marginalie*: Im Schatten des Mauerfalls haben wir, von der Öffentlichkeit kaum mehr bemerkt, die *Ständige Vertretung* am 10. November wieder geöffnet.

8. Die deutsche Einheit kommt – die Ständige Vertretung geht

Als Hans Modrow Regierungschef der DDR wurde (13. November 1989), bot er mir an, in allen mir wichtig erscheinenden Fragen direkt zu ihm zu kommen. Auch er werde gegebenenfalls direkt Kontakt mit mir aufnehmen. Das bedeutete, dass ich von diesem Augenblick an das Außenministerium der DDR, in dem noch die alten Kader saßen, nicht mehr betreten habe. Der Direktkontakt ging so weit, dass er mich einmal in einer für ihn dringenden Sache am Flughafen Tegel in West-Berlin ausrufen ließ und mich bat, doch sofort zu ihm ins Büro zu kommen.

Unter Regierungschef Lothar de Maizière (ab dem 12. April 1990) änderte sich hieran nichts. Auch zu ihm hatte ich direkten Zugang. In seiner Zeit nahm dann allerdings die Bedeutung der STAEV ab, da zunehmend direkte Gesprächskontakte zwischen den Ministerien der DDR und Bonn entstanden. Fast alle Bonner Ressorts entsandten Verbindungsleute in die DDR-Ressorts. Ich habe mich nicht gegen diese Direktkontakte gewehrt, da sie die logische Vorstufe der Einheit waren. Erst später wurde allerdings auch klar, dass es besser gewesen wäre, noch eine Weile auf den Sachverstand und die Erfahrung der STAEV-Mitarbeiter und auch der zuständigen Arbeitseinheit des Kanzleramtes zurückzugreifen, statt nur auf die eigenen



Abb. 12: Einladungskarte zum Abschiedsempfang in der Ständigen Vertretung am 2. Oktober 1990



Abb. 13: Das Ende der Teilung: Franz Bertele beim Abschrauben des Amtsschildes der Ständigen Vertretung (2. Oktober 1990)

Emissäre zu hören. Manche Fehleinschätzung des Potentials der DDR hätte vermieden werden können.

Aber natürlich war die STAEV eine Institution der deutschen Teilung – dort war sie sehr wichtig. Mit der deutschen Einheit kam dann das Ende, auf das wir immer hingearbeitet hatten. Und so stellte ich meinen Abschiedsempfang am 2. Oktober 1990 unter das Motto: „Die deutsche Einheit kommt – die Ständige Vertretung geht.“ Und mit dem Abschrauben des Amtsschildes, das jetzt im Haus der Geschichte in Bonn steht, war auf der administrativen Ebene die deutsche Teilung beendet.⁴⁴

Mit meiner Frau, ein paar Freunden und Mitarbeitern feierten wir dann um Mitternacht auf dem Dach der Vertretung die deutsche Einheit, die gleichzeitig auch den Untergang unserer Institution bedeutete. Und wir waren alle glücklich.

Anmerkungen

- 11 Redigiertes Manuskript eines Vortrages, gehalten im Uni-Club Bonn am 12. April 2007.
- 12 *Hanna Suchocka* (*1946) war 1992/93 Ministerpräsidentin Polens, danach u.a. 1997 bis 2000 Justizministerin.
- 13 Der Journalist und Diplomat *Günter Gaus* (*1929, †2004) leitete von 1973 bis 1980 die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin.
- 14 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 21.6.2004.

- 15 Die wichtige Rolle der STAEV für die deutsch-deutschen Beziehungen wird bei uns nicht ausreichend gewürdigt. Das Haus der Geschichte hat, trotz mehrerer Erklärungen seines früheren Leiters, Prof. Schäfer, der Tätigkeit der Vertretung keine eigene Darstellung gewidmet; nur unser Amtsschild steht etwas verloren auf dem Fußboden herum, ohne jegliche Erklärung zur Rolle der Vertretung, obwohl auch dort umfangliches Material vorhanden ist.
- 16 Die Details der deutsch-deutschen Verhandlungen 1989/90 hat *Claus Duisberg* (*1934), 1987 bis 1990 Leiter des genannten Arbeitsstabes im Bundeskanzleramt, in seinem vorzüglichen Buch „*Das deutsche Jahr*“ (Berlin 2005) mit großer Präzision dargestellt.
- 17 So benannt seit 1969. Ursprünglich, 1949, unter der Bezeichnung „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ errichtet. Das Ministerium wurde im Januar 1991 aufgelöst.
- 18 *Wolfgang Schäuble* (*1942) war seit 1984 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes und April 1989–1991 Bundesminister des Innern.
- 19 Der DDR-Unterhändler und Rechtsanwalt *Wolfgang Vogel* (*1925, †2008) fungierte seit 1965 als Beauftragter der DDR-Regierung für die Regelung humanitärer Fragen.
- 20 Vom 7. bis 11. September 1987; der erste Staatsbesuch eines DDR-Staatschefs in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt.
- 21 Wiedergegeben nach den Gesprächsaufzeichnungen des Verfassers (im Privatbesitz).
- 22 *Günter Mittag* (*1926, †1994) fungierte seit 1976 als Sekretär für Wirtschaft im Zentralkomitee (ZK) der SED; *Kurt Hager* (*1912, †1998) war seit 1955 im ZK für Kultur und Wissenschaft zuständig; *Günther Kleiber* (*1931) war seit 1971 Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR, und *Harry Tisch* (*1927, †1995) hatte seit 1975 den Vorsitz der DDR-Massenorganisation Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) inne. Alle genannten Mitglieder des Politbüros bzw. des ZK der SED traten im Laufe des November 1989 von ihren Ämtern zurück.
- 23 *Egon Krenz* (*1937) leitete von 1974 bis 1983 die DDR-Massenorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ), also eine Funktion, in der sein Förderer *Erich Honecker* (*1912, †1994) kurz nach Kriegsende, 1946, die eigene Parteilaufbahn begonnen hatte. Krenz wurde 1973 in das ZK der SED berufen und dort für innere Sicherheit, Staats- und Rechtsfragen sowie Jugend und Sport zuständig. Seit 1983 war Krenz zudem Politbüro-Mitglied. In seiner Funktion als ZK-Sekretär für innere Sicherheit wurde Krenz im Juli 1995 als Mitverantwortlicher für das Grenzregime der DDR angeklagt und im August 1997 wegen Totschlags zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.
- 24 Etwa im *Neuen Deutschland* v. 7.8.1989: „Nach dem Völkerrecht haben Vertretungen der BRD keinerlei Rechte und Obhutspflichten gegenüber Bürgern der DDR.“
- 25 Vgl. hierzu den Beitrag von *H.-J. Jentsch* in diesem Heft.
- 26 Staatssekretär *Herbert Krolkowski* (*1924) war seit 1975 Erster Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR *Oskar Fischer* (*1923).
- 27 Die Gesprächsinhalte sind wiedergegeben in einem Vermerk Duisbergs für das Bundeskanzleramt vom 11. August 1989, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters u. Daniel Hofmann, München 1998, Dokument 21.
- 28 Gesandter *Hans Schindler* (*1937) war seit 1972 Stellvertreter des Leiters der „Abteilung BRD“ (*Karl*

- Seidel*) im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR; zwischenzeitlich, 1979 bis 1985, als Gesandter an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn tätig. – Das Gespräch des Verfassers mit Schindler am 7. September ist auszugsweise in den *Dokumenten zur Deutschlandpolitik* (wie oben Anmerkung 27), Dokument 36, Anmerkung 3, abgedruckt (dort auch das folgende Zitat „mit Knirschen“).
- 29 Vgl. das Fernschreiben des Verfassers an den Chef des Bundeskanzleramtes vom 2. Oktober 1989 in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (wie oben Anmerkung 27), Dokument 52.
- 30 *Günter Schabowski* (*1929), Mitglied des Politbüros (1984) und Sekretär im Zentralkomitee der SED (1986), seit Anfang November 1989 als Sekretär „für Informationswesen“, Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin (seit 1985).
- 31 *Chris Gueffroy* (*1968) wurde bei seinem Fluchtversuch in der Nacht zum 6. Februar 1989 in Berlin-Treptow erschossen.
- 32 *Milouš Jakeš* (*1922), 1987 bis 24. November 1989 Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei.
- 33 *Neues Deutschland*, 4. Oktober 1989.
- 34 *Krenz* war nach dem Rücktritt *Honeckers* von allen Ämtern seit dem 18. bzw. 24. Oktober 1989 Generalsekretär des ZK des SED bzw. Vorsitzender des Staatsrats der DDR. – Vgl. für das Folgende den Bericht des Verfassers für das Bundeskanzleramt über die Gratulationscour des diplomatischen Korps bei Egon Krenz vom 3. November 1989 in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (wie oben Anmerkung 27), Dokument 71.
- 35 Eine Reproduktion des Schreibens von Fischer an den SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden Krenz vom 7. November 1989 befindet sich im Besitz des Verfassers.
- 36 Diese Vorgänge und die Gespräche mit Schindler sind mit Zitat auszügen in den *Dokumenten zur Deutschlandpolitik* (wie oben Anmerkung 27), Dokument 71, Anmerkung 4, wiedergegeben.
- 37 Auszugsweise mitgeteilt in: *Neues Deutschland* v. 25. Oktober 1989.
- 38 Entwurf des Gesetzes über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik in das Ausland [Reisegesetz], in: *Neues Deutschland* v. 6. November 1989.
- 39 Wie oben Anmerkung 35. Hervorhebungen vom Verfasser.
- 40 Kopie im Besitz des Verfassers.
- 41 *Jozef Lenárt* (*1923, †2004), 1970–88 Erster Sekretär des ZK und bis 1989 Mitglied des Präsidiums der Kommunistischen Partei der ČSSR.
- 42 ZK-Plenum vom 9. November 1989, in: *Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees*, hg. v. Hans-Hermann Hertle u. Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1997.
- 43 Unter anderem abgedruckt in: *Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger, Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990*, Berlin 1996.
- 44 Das letzte amtliche Fernschreiben des Verfassers in seiner Eigenschaft als Ständiger Vertreter vom 2. Oktober 1990 endete mit den Worten: „Hiermit verabschiedet sich die Ständige Vertretung von den Lesern ihrer Berichte, ab morgen [3. Oktober 1990] wird unser Land vereinigt sein. [...] Heute haben wir sehr gute Beziehungen zur DDR. Morgen brauchen wir keine mehr. Der Kreis hat sich geschlossen.“ Abgedruckt in: *Auf Posten ... Berichte und Erinnerungen aus 50 Jahren deutscher Außenpolitik*. Zum 125jährigen Jubiläum des Auswärtigen Amtes zusammengest. v. Reinhard Bettzuege. München/Landsberg a. Lech 1996.

Freya Klier

Ein gewaltiger Umbruch

1. Der 9. Oktober 1989

Im Herbst 1989 brachten die Bürger der DDR ein diktatorisches Regime zu Fall – friedlich und ohne irgendein Vorbild in der deutschen Geschichte. Erinnern wir uns noch dieser Wochen, die nun schon zwei Jahrzehnte zurück liegen? *Friedliche Revolution* – das mag heute die Patina von „Sanfter Ausklang einer abgewirtschafteten Diktatur“ haben. Doch das war es weißgott nicht:

Bereits im Sommer 1989 hatte sich die politische Krise der DDR derart zugespitzt, dass in kurzer Zeit mehrere oppositionelle Gruppen entstanden. Sie nannten sich *Neues Forum*, *Initiative für eine Sozialdemokratische Partei*, *Demokratischer Aufbruch*, *Demokratie Jetzt*, und sie kamen aus einer Bürgerrechtsbewegung, die schon seit Jahren um Demokratie im Unrechtsstaat DDR rang, meistens unter dem Dach der Kirche. In Ungarn stand die Grenze nach Österreich offen, wohin nun täglich Menschen in Dorf- bis Kleinstadtstärke flohen. Die SED-Regierung war hochgradig nervös, aus dem Osten drückten die Genossen um *Gorbatschow*.

Im September 1989 gab es in Leipzig bereits zahlreiche Verhaftungen, auch in Berlin und Potsdam. Fastenaktionen und Mahnwachen für inhaftierte Bürger-

rechtler nahmen zu – SED und Staatssicherheit verstärkten ihr Drohpotential.

Anfang Oktober brannte in der maroden DDR die Luft. Dresden stand vor einer scharfen Eskalation. Das Politbüro ließ am 3. Oktober die Grenzen zur ČSSR schließen. Am 4. Oktober veröffentlichte die Opposition in Berlin den Aufruf: *„Gewalt ist kein Mittel der Auseinandersetzung! Lasst Euch nicht provozieren!“* Am 7./8. Oktober 1989 zeigte die SED bei einem massiven Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Berlin, dass sie gewillt war, den Ruf nach Reformen, nach *Glasnost* und *Perestrojka* notfalls auch blutig niederzuschlagen – in Dresden wurde geprügelt und verhaftet, auch in anderen Städten der DDR kam es zu gewalttätigen Übergriffen.

Und nun bricht der 9. Oktober 1989 an! Vor allem in Leipzig spitzt sich die Lage vor der allwöchentlichen Montagsdemonstration gefährlich zu: Die SED lässt in den Außenbezirken umfangreich Polizei, Armee, Staatssicherheit und Kampfgruppen zusammenziehen. Die Leipziger Bürger werden aufgefordert, die Innenstadt zu meiden. Rasch spricht sich herum, dass medizinisches Personal für die Spät- und Nachtschicht zwangsverpflichtet wurde, ganze Krankenhausstationen geräumt sind und zusätzliche Blutkonser-

ven bereit stehen. Für den Abend wird Schlimmstes befürchtet – die Entschlossenheit der SED, zuzuschlagen, ist offensichtlich. Bei der Opposition in Berlin laufen aus dem ganzen Land Meldungen über eine bevorstehende militärische Auseinandersetzung ein. Erinnerungen an den „Platz des himmlischen Friedens“ werden wach.

Die Friedensgebete an diesem 9. Oktober finden in vier Leipziger Kirchen statt. Thema ist einmal mehr die Durchsetzung demokratischer Grundrechte wie Presse- und Meinungsfreiheit, die Überwindung des lastenden Schweigens und der Stagnation im Land. Vielen geht es analog zu *Glasnost* und *Perestroika* in der Sowjetunion um einen gesellschaftspolitischen Kurswechsel.

Die Kirchen platzen aus den Nähten, und draußen formieren sich mutig die ersten Demonstranten. Gefordert wird ein gewaltloser Dialog.

Am Abend des 9. Oktober 1989 erlebt Leipzig die größte Protestdemonstration der DDR seit dem 17. Juni 1953. Etwa 70.000 Menschen aus Leipzig und vielen anderen Städten marschieren von der Nikolai-Kirche aus über den Innenstadtring. Die Demonstranten rechnen damit, dass geschossen werden könnte – doch erstmals seit vielen Jahren ist der Veränderungswille größer als die Angst. *Wir sind das Volk!* rufen sie und *Keine Gewalt!*

Die mutige und friedlich verlaufende Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober lei-

tet den Umbruch ein. Und auch im Abstand von 20 Jahren noch bleibt dieser Abend der wohl bewegendste Moment der *friedlichen Revolution*.

Im Herbst 1989 befreit sich in vielen couragierten Einzelschritten fast der gesamte Ostblock. Polen, Ungarn, Tschechen zwingen das Schreckgespenst des Kommunismus in die Knie, und kurz darauf fällt es unter dem befreienden Applaus vieler Opfer auch in der Sowjetunion in sich zusammen.

2. Die Mauer fällt

Wer in diesem Herbst 1989 dabei war bei den Montagsdemonstrationen, den leidenschaftlichen Diskussionen, die nun in aller Öffentlichkeit stattfanden, erinnert sich an ein rauschhaftes Hoch-



Abb. 15: Reste der Berliner Mauer an der Niederkirchnerstraße, heute Teil der Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ (31. März 2008)

gefühl, an wenig Schlaf, viel Hoffnung und Debatten, bei denen die Köpfe rauchten.

Und die Westdeutschen? Waren sie am 9. Oktober noch den Atem anhaltende Zaungäste, so findet sie der 9. November 1989 schon mittendrin im Getümmel: Auf dem Ku-Damm umarmt das eingeschlossene West-Berlin die ersten rübergemachten Ostler, Schwaben und Schlesier machen sich auf, um an der Westseite der Mauer zu kratzen. An den 9. November 89 erinnert sich zwischen Freiburg und Rostock, Köln und Cottbus fast jeder – und leicht lässt sich abfragen, was er oder sie gerade gemacht haben an jenem Abend, als die Mauer fiel.

Ich selbst saß an meiner Schreibmaschine, als Freunde anriefen, ich solle sofort den Fernseher anstellen! Das tat ich und rannte kurz darauf ins Kinderzimmer, um meine 16-jährige Tochter aus dem Bett zu trommeln. Stephan erreichte ich nicht, der gab irgendwo im Westen ein Konzert. Gegen Mitternacht hingen meine Freunde aus Kanada schluchzend am Telefon: „*Freya, it's falling down the wall!*“ Die Kanadier waren für mich tatsächlich die ersten, die vom Mauerfall sprachen. Und ich habe mir verkniffen zu antworten: „*Nee - wenn die fällt, wäre das ja das Ende der DDR...*“

Am 11. November, kurz nach diesem denkwürdigen Abend, der inzwischen als *Tag des Mauerfalls* in die Geschichte eingegangen ist, drängte ich mich die dreihundert Meter von meiner Wohnung zum Checkpoint Charlie hinüber.

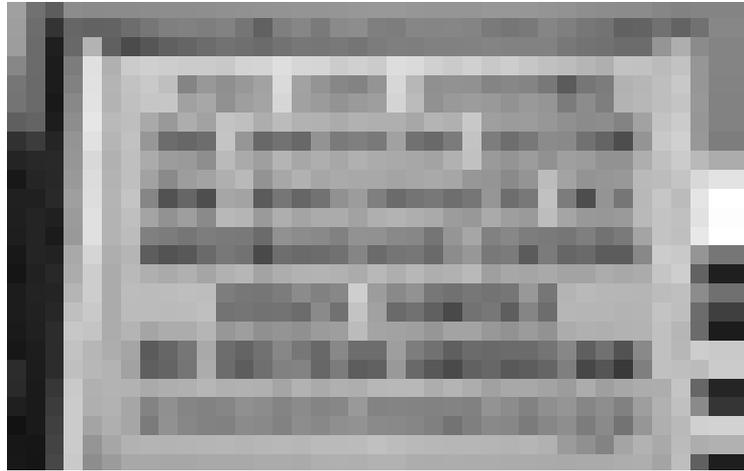


Abb. 14: Symbolträchtiger Ort der Deutschen Teilung: „Checkpoint Charlie“ (31. März 2008)



Abb. 16: Szenen der Freude: die Maueröffnung in Berlin am 11. November 1989

Die Straßen in Grenznähe waren rappellvoll; es schien, als hätte sich plötzlich Ost-Berlin 500 Meter Richtung Westen geschoben. Ich notierte damals in mein Tagebuch:

„Ein Chaos mit Volksfestcharakter. Unter Applaus schieben sich Trabis und Taxen gen Westen, Spritztour in das ummauerte West-Berlin. Eine Schulklasse darf die Deutschstunde live erleben. Lachende Radler, schwere Koffer schleppe Ehepaare ...

Zuhause die Hektik der historischen Stunde. Jugendliche aus Ost-Berlin stehen vor der Tür, mussten nicht mal ihren Ausweis zeigen, sind einfach durch. Müssen bald zurück, kommen morgen wieder. Dann die nächsten. Zwischenrein schnell zur Grenze: ‚Nein, Frau Klier, Ihr Transitverbot gilt noch!‘ Ich also noch nicht. Hat die Zeitmaschine mir den Kopf vernebelt?

Was ist eine historische Stunde – stammelnde Politiker, Verkehrschaos, Sondersitzung, Kundgebung?

Das Ausatmen macht Mühe. Vierzig Jahre lassen sich nicht mit einem Lächeln abstreifen, Vergangenheit stülpt sich selbst auf die fulminanteste Wende. Wir haben gekämpft bis zur Lächerlichkeit ...

Was wird – kauft Maxwell⁴⁵ nun die Mauer auf?“

Und dann ging alles ganz schnell: Im Zeitraffertempo schrumpfte die Zahl der DDR-Bürger, die noch einmal bereit waren, sich zum neuerlichen Experiment „Sozialismus“ aufzuraffen. Hehre Appelle aus den Elfenbeintürmen der Literaten gingen unter im Chor der Geprellten, für die Sozialismus nicht geistige Oase,

sondern ein finsterner Streich auf ihre Kosten war. Aus *Wir sind das Volk!* wurde schon bald *Wir sind ein Volk!*

In dieser Zeit positionierten sich MfS- und KGB-Kader neu. Zwischen Januar und April 1990 verschwand massenhaft DDR-Volkvermögen im Ausland bzw. in GmbH, die von Genossen in allen gesellschaftlichen Bereichen generalstabsmäßig gegründet wurden.

3. Fremdeln zwischen Ost und West

Der Umbruch zog sich ins Jahr 1990, und er blieb atemberaubend über die erste Volkskammerwahl hinaus.

Im Juni 1990 begann ich, in den Zügen der Noch-DDR Menschen zu interviewen; ich wollte wissen, wie es ihnen ergeht in dieser Zeit. Es waren zufällige Reisebekanntschaften, Leute, denen ich im Abteil gegenüber saß – ein Heizer der Deutschen Reichsbahn, eine 30-jährige Mutter, die bei der Textilreinigung arbeitete, ein Schlosser, eine Apothekerin, ein Traktorist und seine Frau ... Groß war die Bereitschaft, sich interviewen zu lassen; die meisten waren froh, auf jemanden zu treffen, der wissen wollte, wie es ihnen geht. Und alle waren aufwühlt.

Ost und West spürten nach der ersten Euphorie eine zunehmende Fremdheit aneinander, immerhin hatten sie 40 Jahre in verschiedenen Welten gelebt.

Zwei Jahre nach dem Mauerfall öffnete die „Gauck“-Behörde⁴⁶, um die wir leidenschaftlich gerungen hatten, nun schon gemeinsam mit engagierten Westlern, ihre Pforten.

Als wir die Behörde betraten, befahl uns die Ahnung, nun in den schmutzigsten Tümpeln der DDR-Geschichte stochern zu müssen.

Wie lange habe ich beim Aktenstudium zugebracht, Seit an Seite mit meinen ebenfalls Ordner wälzenden Freunden? Ich vermag es nicht mehr zu sagen. Doch ich erinnere mich des Gefühls, das mich umso mehr beherrschte, je länger ich mich über dieses Konvolut menschlicher Niedertracht gebeugt sah: Es war Ekel, ein überwältigender Ekel! Weniger die Enttäuschung ob der moralischen Verworfenheit von Menschen, die sich, Freundschaft heuchelnd, in unsere Nähe geschlichen hatten - schon von Berufs wegen war mir menschliche Niedertracht nicht fremd. Doch diese Sprache! Meine beschlagnahmten Tagebuchaufzeichnungen schauten mich plötzlich an - mit Aktennummern versehen und Kommentaren in einer Sprache, die unter die Haut ging wie Krätzenmilbe.

Natürlich gab es auch Anflüge von Glücksempfinden, soweit das in einer solchen Umgebung möglich war - ich fand die Scharen mutiger Pfarrer und Kirchenmitarbeiter wieder. Und viele Menschen, die einfach anständig geblieben waren.

Verließ ich den Aktenstapel, fühlte ich mich klebrig. Mehr als üb-

lich stürzte ich mich in dieser Zeit in Parkanlagen, auf klassische Musik.

Zu allem nervten noch die Journalisten - sie wollten holzen und bolzen, doch kaum einer von ihnen hatte sich bisher ein Grundwissen über das andere Deutschland erarbeitet. Als ich einmal ein 4-Minuten-Statement über die 40-jährige DDR-Geschichte verweigerte, drohte mir ein journalistischer Widerstandskämpfer aus Bayern, ich solle doch jetzt bitte an die Moral denken! Ich erinnere mich, wie ich vom Scheitel her zur Ostlerin anlief - und ihm den Milliardenkredit von Franz Josef Strauß⁴⁷ vor die Füße warf. Ich erinnere mich, dass der Mann einen Moment lang wie ein geprügelter Hund schaute, dann aber kämpferisch zur Stasi zurückkehren wollte.

Aussagekräftig waren die Akten allemal. Man konnte mitverfolgen, wer besonders eiferte und wer gern Aufträge erfüllte; wer noch um seine Würde rang und wann er sie verlor. Und wie viele eben - oftmals in großer Bescheidenheit - anständig blieben. Es war ein Erinnerungspacken, durchzogen von Mut, knieweicher Feigheit und kräftezehrenden Aufbruchsversuchen. Deutlich wurde mir wie selten: Vor allem kräftezehrend war die DDR gewesen.

In den Medien hagelte es bereits Ehrenerklärungen. Und so waren die ersten Wochen der Akteneinsicht noch nicht vorbei, da sang schon ein Chor von Ost-Genossen nach drüben: „Ihr könnt



Abb. 17: Trabbikolonnen passieren auf dem Weg nach „drüben“ den zuvor streng überwachten Grenzübergang Herleshausen (ca. 10./11. November 1989)

nicht mitreden, Ihr habt hier nicht gelebt!“ Das Echo ließ nicht auf sich warten, schon schallte es aus dem Westen zurück: „Nein, wir können nicht mitreden, wir haben dort nicht gelebt!“... ergänzt durch den ahnungsvollen Vers „Wer weiß, wie ich gehandelt hätte“ ...

4. Von der Fresswelle in die PKW-Welle

Den meisten Menschen im Osten stand nichts weniger als eine Umwälzung ihres Lebens ins Haus. Um die Dimension dieses Prozesses, der kaum eine Familie verschonte, zu erfassen, habe ich mal das Bild des Teppichs geprägt, der den DDR-Bürgern plötzlich unter den Füßen wegrutschte – es mag ein schäbiger gewesen sein,

doch hatten sie immerhin mit beiden Beinen drauf gestanden. Die Amplituden dieser Umwälzung erinnerten in ihren Schwankungen an eine Achterbahn, an deren Ende nach heftigen Erschütterungen das Gleiten in eine neue Normalwelt steht. Mit Mauerfall und Währungsunion auf den Gipfel der Euphorie katapultiert, geriet der Osten in eine Art Ausnahmezustand.

Nach den Tränen der Freude und Fassungslosigkeit, den leidenschaftlichen Montagsdemos und ersten Erkundungsfahrten via Westen, stürzte die Republik der Trabis und Kittelschürzen in einen Kaufrausch, in dem die Fresswelle nahtlos in die Möbel- und PKW-Welle überging. Benommen vom Ende ihres Haftdaseins, mündete das Glücksgefühl vieler in die schwindelerregende Kreditaufnahme, war die Begeisterung über die liebevoll aufgemachte Postwurfsendung, auf der sogar der eigene Name prangte, so groß wie die Arglosigkeit, mit der so mancher sich windige Versicherungen aufschwätzen ließ. Die Reisebüros verzeichneten Rekordumsätze.

Kein Rausch hält ewig. Die Katerstimmung setzte ein, als das Ausmaß, in dem Arbeitsplätze wegbrachen, die Mehrheit ostdeutscher Familien erreicht hatte. Feste Bezugskreise rissen plötzlich auseinander, weil Freunde und Bekannte auf der Suche nach neuer Arbeit die Stadt verließen. Ein Existenzkampf setzte ein, auf den niemand vorbereitet war, der auf die Familie drückte und

sowohl die Scheidungs- als auch die Abtreibungsquote in die Höhe schnellen ließ. Erst jetzt haben wohl viele gespürt, dass nicht nur der historische, sondern auch der existentielle Einschnitt ein gewaltigerer ist, als in der Euphorie vorausgesehen – all das Bekannte und Gewohnte war plötzlich außer Kraft gesetzt. Erste depressive Stimmungen machten sich breit und Angst, den Anforderungen der neuen Gesellschaft nicht gewachsen zu sein.

Dabei wollten die meisten endlich ankommen und ihren Platz finden – aber wo? Und wie?

Allein die Terminologie der neuen Welt war eine fremde. Und empfand man schon die DDR-Bürokratie als ätzend, so hatte man sich nun durch einen bürokratischen Wust zu ackern, der den Verdacht nährte, eine riesige Beamtenschar müsse sich täglich neuen Schwachsinn ausdenken, um ihre Unersetzlichkeit nachzuweisen.

Man rannte auf Ämter, wo niemand durchblickte; Seelsorger wurden rar, weil viele von ihnen ihr Herz für die Politik entdeckt hatten. Ein staatliches Beratungsnetz aber für die vielen, einander überlagernden psychischen und sozialen Probleme gab es schon zu DDR-Zeiten nicht – in einem Land, in dem es psychische und soziale Probleme nicht geben durfte.

Wofür es in westlichen Bundesländern seit langem ein breitgefächertes Netz von Beratungs- und Anlaufstellen gab, das war im Osten 1990 so extrem ausgedünnt,

dass die meisten Bürger mit ihren Fragen, persönlichen Irritationen und psychischen Berg- und Talfahrten allein zurande kommen mussten.

Nicht ganz. Denn in die Lücke stießen nun ausgerechnet jene vor, die sie zuvor selbst geschaffen hatten und denen die Nöte und Befindlichkeiten der Bürger bis dahin reichlich gleichgültig gewesen waren. Von einem Wende-Tag zum anderen wurden Mieter plötzlich nicht mehr angeblafft, sondern freundlich beraten. Bereits im März 1990 hatten ranghohe DDR-Kader, unter ihnen ein Oberst des Ministeriums für Staatssicherheit, den Arbeitslosenverband gegründet, der wiederum kurz darauf ein Netz von Schuldnerberatungsstellen initiierte.

Weitgehend behielten die Genossen auch die Medien in der Hand. Und so wurden schon bald Sätze in die ostdeutsche Öffentlichkeit gestanzt und nachgeplappert wie in DDR-Zeiten, die fern der Realität lagen.

„Die DDR war sozial“ war so ein Satz. Doch war sie das wirklich?

In der DDR, in der ich gelebt habe, bekam meine Großmutter, die vierzig Jahre lang als Köchin gearbeitet hat – also „Arbeiterklasse“ war – und nebenbei noch allein zwei Kinder großzog, mit 60 Jahren eine Rente von 178,30 Mark. Das reichte nicht einmal für Bohnenkaffee – ein Rentner, der sich solchen Luxus leisten wollte, musste einfach weiterarbeiten. Und was ist daran sozial?

Was war sozial daran, Behinderten nicht einmal eine Schräge zum Einkaufen zu bauen; die Bürger einer Umweltverpestung auszusetzen, dass in manchen Gebieten fast alle Kleinkinder an Bronchialerkrankungen litten?

5. Verpasste Weichenstellungen

Hannah *Arendt* hat einmal gesagt⁴⁸:

„Das Vergangene ist niemals tot, es ist nicht einmal vergangen. Aus dem einfachen Grund, weil die Welt in der wir leben, in jedem Augenblick auch die Welt der Vergangenheit ist. Sie besteht aus den Zeugnissen und Überresten dessen, was Menschen im Guten wie im Schlechten getan haben.“

Seit dem Mauerfall wird um die Deutungshoheit von DDR-Geschichte gerungen. Und seit eben dieser Zeit wird von interessierter Seite beklagt, man hätte die Eliten der DDR nach der Wende ins Nichts gestoßen.

Ich halte dagegen: Nicht nach der Wende sind die DDR-Eliten ins Nichts gestoßen worden, sondern während einer vierzigjährigen Diktatur – sie flogen aus Gymnasien und Universitäten, verloren ihre Berufe, haben die Gefängnisse gefüllt und die Züge Richtung Westen.

Ein Exodus von mehr als drei Millionen DDR-Bürgern war zu beklagen, darunter ein großer Teil unserer kritischen Intelligenz.

Hier sind ganze Generationen abgetragen worden – von Ernst *Bloch* bis zu Armin *Mueller-Stahl* oder Reiner *Kunze*; die Vaclav-Havel-Generation der DDR war am Ende kaum noch auffindbar. Damit aber wurde eine Schicht ausgedünnt, die ich die *Hefe einer jeden Gesellschaft* nenne und ohne deren Glaubwürdigkeit und Engagement der Wechsel von einer Diktatur in die Demokratie nur schwer zu leisten ist. Nicht, dass wir uns falsch verstehen – solche Menschen gibt es noch heute im Osten, doch es sind zu wenige, um diesem nach vielen Tausenden zählenden und optimal platzierten Genossenheer mit Aufklärung und Widerstand erneut wirksam entgegenzutreten, den selbst gewebten Mythen der Funktionäre aus den Machtapparaten der DDR, aus Wirtschaft und Wissenschaft, Schule, Armee und Staatssicherheit.

Der intellektuelle und moralische Kahlschlag schwingt bis heute im Osten nach und er belastet die gesamtdeutsche Entwicklung. Die sich nach dem Mauerfall fortsetzende Abwanderung ist eine Folge davon, die fortwirkende DDR-Verklärung in den Schulen auch.

Wir schauen auf zwanzig bewegte, doch auch ruhige Jahre zurück. Viele politisch notwendige Weichenstellungen wurden verpasst, vor allem in der Nachwendzeit.

Einer Umfrage zufolge lehnen nur 39 Prozent der befragten Ostdeutschen die Aussage ab, eine Diktatur sei unter Umständen

den die bessere Staatsform, während 68 Prozent der Westdeutschen einem solchen Gedanken nicht folgen wollen.⁴⁹ Fast jeder zehnte Westler wünscht sich die Jammer-Ossis inzwischen wieder hinter den „antifaschistischen Schutzwall“ zurück.

Doch haben wir nicht auch Grund, stolz auf die gesamtdeutschen Leistungen der vergangenen Jahrzehnte zu sein? Welches Land der Welt hätte es geschafft, einen bankrotten Staat samt seiner Bevölkerung zu integrieren, ohne dabei selbst in die Knie zu gehen? Der Wechsel von einer Diktatur in die Demokratie ist zumindest im historischen Draufblick gelungen. Und haben die Ostdeutschen ihr Schleudertrauma des Umbruchs am Ende nicht doch in den Griff gekriegt?

Um vier Jahre durchschnittlich ist die Lebenserwartung der Ostdeutschen gestiegen, seit es die DDR nicht mehr gibt – wenn gar nichts mehr hilft, wäre das doch ein gutes Argument gegen die Verklärung des Unrechtsstaates.

Anmerkungen

- 45 Robert Maxwell (*1923, †1991), britischer Unternehmer und damals Inhaber eines einflussreichen Medienkonzerns mit dem Flaggschiff „Daily Mirror“.
- 46 Nach Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes im Dezember 1991.
- 47 1983 hatte die Bundesregierung, unter Vermittlung eines der schärfsten Gegner der Brandtschen Ostpolitik, Franz Josef Strauß, einen Milliardenkredit an die DDR bewilligt und in den folgenden Jahren hohe Bürgschaften übernommen, was die DDR-Führung mit menschlichen Erleichterungen quittierte, darunter der Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze (1984).
- 48 *200 Jahre amerikanische Revolution*, in: Arendt, Hannah, *Zur Zeit. Politische Essays*, München 1989.
- 49 Die Umfrageergebnisse sind abgedruckt bei Arzheimer, Kai / Klein, Markus, *Gesellschaftspolitische Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen im Ost-West-Vergleich*, in: Falter, Jürgen W. (Hrsg.) (u.a.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen 2000.

Autorin und Autoren

PROF. DR. DR. H.C. HANS-JOACHIM JENTSCH, Bundesverfassungsrichter a.D., geb. 20. September 1937 in Fürstenwalde/Brandenburg, 1966 bis 2008 Rechtsanwalt und 1977 bis 2007 Notar, 1976 bis 1982 Mitglied des Deutschen Bundestages und 1987 bis 1990 des Hessischen Landtages, 1982 bis 1985 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden, 1990 bis 1994 Thüringer Justizminister und zeitweise zugleich Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, 1995 bis 1996 Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, 1996 bis 2005 Richter des Bundesverfassungsgerichts, seit 2005 Honorarprofessor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Staats- und Verfassungsrecht).

DR. FRANZ BERTELE, Botschafter a.D., geb. 30. Juni 1931 in Weikersheim/Württemberg, seit 1960 im Auswärtigen Amt, dort verschiedene Dienstverwendungen im Ausland und in der Zentrale (1960–1988), darunter Leiter der Rechtsabteilung und der Personalabteilung; zwischenzeitlich 1977 bis 1980 stellvertretender Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Januar 1989 bis Oktober 1990 deren Leiter und Staatssekretär im Bundeskanzleramt, anschließend Beauftragter für den deutsch-sowjetischen Aufenthalts- und Abzugsvertrag und deutscher Vorsitzender der Ge-

mischten Deutsch-Sowjetischen Kommission, Juni 1992 bis Oktober 1993 Deutscher Botschafter in Polen, dann bis Juni 1996 in Israel, 1996–2006 Vorsitzender des Vereins zur Förderung des Museums für Jüdische Geschichte in Polen.

FREYA KLIER, Autorin und Regisseurin, geb. 4. Februar 1950 in Dresden, nach dem Abitur 1968 Fluchtversuch und Verurteilung zu 16 Monaten Haft; studierte, unterbrochen von Bühnengagements, zwischen 1973 und 1982 Schauspiel, Theaterwissenschaften und Regie, anschließend als Regisseurin tätig; durch ihr Engagement für die Friedensbewegung in der DDR (seit 1980) Berufsverbot im Jahr 1985; 1988 Verhaftung und am 2. Februar des Jahres unfreiwillige Ausbürgerung aus der DDR; seitdem freie Autorin und Filmemache- rin in West-Berlin; zu ihren Werken, die sich vornehmlich mit der SED-Diktatur befassen, gehören Buchveröffentlichungen, Essays und Dokumentarfilme; 2007 Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille für besonderes demokratisches Engagement in Schulen, Literatur und Kunst.

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1 Archiv der Gemeinde Herleshausen, Foto: Helmut Schmidt
- Abb. 2 HLZ
- Abb. 3 Archiv der Gemeinde Herleshausen
- Abb. 4 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Abt. 3008 / 48 (Die friedliche Revolution – Bilder aus Gera, 1990), Nr. 401
- Abb. 5 HLZ
- Abb. 6 Privatbesitz Bertele, Foto: Ständige Vertretung
- Abb. 7 Bildagentur Karl-Heinz Jürgens, Berlin
- Abb. 8 Bildagentur Karl-Heinz Jürgens, Berlin
- Abb. 9 Bildagentur Karl-Heinz Jürgens, Berlin
- Abb. 10 Ullstein
- Abb. 11 Privatbesitz Bertele (Kopie), Foto: HLZ
- Abb. 12 Privatbesitz Bertele, Foto: HLZ
- Abb. 13 dpa, Foto: Andreas Altwein
- Abb. 14 HLZ
- Abb. 15 HLZ
- Abb. 16 Ullstein, Foto: Röhrbein
- Abb. 17 Archiv der Gemeinde Herleshausen, Foto: Achim Wilutzky

POLIS ist eine Publikationsreihe der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ).

Gestaltung/Satz: G-S Grafik & Satz, Wiesbaden

Druck: Dinges & Frick, Wiesbaden

Auflage: 2000

© Wiesbaden 2008

ISBN 978-3-927127-84-5

Schriftliche Bestellungen an die HLZ: Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden, Telefon (0611) 32-4051, Fax (0611) 32-4055, E-Mail: hlz@hlz.hessen.de

Von der Reihe POLIS sind erhältlich:

Nr. 27 Mechtild M. Jansen (Hrsg.)

Hessen engagiert. Freiwilliges soziales Engagement in Hessen

Nr. 31 Wolfgang Benz

Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit. Ein wichtiger Teil unserer politischen Kultur

Nr. 36 Angelika Ehrhardt, Mechtild M. Jansen

Gender Mainstreaming. Grundlagen – Prinzipien – Instrumente

Nr. 39 Bernd Heidenreich, Sönke Neitzel (Hrsg.)

Der Bombenkrieg und seine Opfer

Nr. 41 Mechtild M. Jansen, Mechthild Veil (Hrsg.)

Familienpolitiken und Alltagspraxis

Nr. 42 Bernd Heidenreich, Sönke Neitzel (Hrsg.)

Der militärische Widerstand gegen Hitler – der Beitrag Hessens zum 20. Juli 1944

Nr. 43 Walter Mühlhausen

Demokratischer Neubeginn in Hessen 1945-1949

Lehren aus der Vergangenheit für die Gestaltung der Zukunft

Nr. 44 Mechtild M. Jansen, Angelika Röming (Hrsg.)

K(l)eine Helden? Förderung von Jungen in Schule und außerschulischer Pädagogik

Nr. 45 Evelyn Brockhoff, Bernd Heidenreich, Sönke Neitzel (Hrsg.)

1945: Kriegsende und Neuanfang

Nr. 46 Renate Knigge-Tesche (Hrsg.)

Politischer Widerstand gegen die NS-Diktatur in Hessen. Eine Auswahl

Nr. 47 Mechtild M. Jansen u.a. (Hrsg.)

Denken ohne Geländer – Hannah Arendt zum 100. Geburtstag

Nr. 48 Mechtild M. Jansen (Hrsg.)

frauen & literatur. Zum 200. Todestag der Sophie von La Roche (1807)

Nr. 49 Mechtild M. Jansen (Hrsg.)

Pflegende und sorgende Frauen und Männer. Aspekte einer künftigen Pflege im Spannungsfeld von Privatheit und Professionalität

Vergriffene Ausgaben (Nr. 1-15, 17-20, 22-26, 28-30, 32-35, 37, 38, 40) können Sie über das Internet (www.hlz.hessen.de) herunterladen.